

# ESSENER MORGEN

## Solidarisch – parteilich – links

Die Rechte Geflüchteter achten  
**Keine Zentrale Ausländer-  
behörde in Essen**

Seite 2

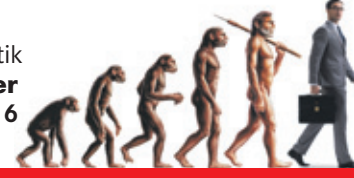


Essen ist „Modellstadt“ zur  
Luftreinhaltung

**Können wir jetzt aufatmen?**  
Seite 3



Für eine solidarische und  
weltweite Migrationspolitik  
**Wir alle sind Teil dieser  
einen Welt!** Seite 6



Interview mit Kristina Hänel:  
**Abtreibung wieder in  
der Debatte**

Seite 5

# Wo kämen wir hin?

**& Kurz  
& Knapp**

Wir erinnern uns an  
den Vorstoß aus drei  
Bundesministerien  
Mitte Februar: Zur  
Vermeidung von  
Fahrverboten wur-  
de dort unter ande-  
rem vorgeschlagen,  
in fünf ausgesuchten  
Städten den öffentlichen  
Personenahverkehr  
kostenlos anzubieten.  
Zu diesen fünf Städten  
zählte auch Essen.

von Stefan Hochstadt

Die Aufregung ob die-  
ses ungebeten und - wie  
sich schnell herausstellte  
- auch unausgegorenen Vor-  
schlags war groß. Die einen  
freuten sich über diese An-  
erkennung einer Forderung,  
die DIE LINKE schon lange  
erhebt, durch je ein SPD-, ein  
CDU- und ein CSU-geführtes  
Bundesministerium. Zur Ver-  
besserung der Luftqualität in  
den Städten, aber auch zur  
Erhöhung der Attraktivität  
der Städte wäre es sehr sinn-  
voll, den öffentlichen Perso-  
nennahverkehr (ÖPNV) zu  
verbessern. Auch die Teilha-  
be aller Menschen, die sich  
kein Auto leisten können,  
wird so viel leichter.

Wir wissen, dass der Nulltarif  
allein nicht reicht, dieses Ziel  
zu erreichen. Obwohl wir es  
sehr begrüßen, dass darüber  
gesprochen wird, die Nut-  
zung des ÖPNV unentgeltlich  
zu ermöglichen, ist es of-  
fensichtlich darüber hinaus  
notwendig, seine Qualität zu  
verbessern. Wir brauchen ein  
dichteres Netz, kürzere Tak-  
te, Angebote auch am Abend  
und in der Nacht sowie eine  
bessere Aufenthaltsquali-  
tät in den Fahrzeugen der  
Ruhrbahn und an den Halte-  
stellen. Service, Sauberkeit,  
Sicherheit sind da nur drei  
bekannte Schlagworte, die  
mindestens um WLAN und  
Vernetzung ergänzt werden  
müssen.

Doch unser Oberbürgermeis-  
ter Thomas Kufen (CDU)  
hatte es sehr eilig, diesen  
Vorschlag als unrealistisch  
von der politischen Tages-  
ordnung zu streichen. Er sei  
politisch nicht opportun und  
überhaupt viel zu teuer, denn  
wenn die Nutzerinnen und  
Nutzer des ÖPNV dafür nicht  
mehr zahlen müssten, müs-  
sten dies halt andere tun. Nur:  
Was wäre daran so schlimm?

Zunächst einmal hat Kufen  
recht: Einen kostenlosen  
ÖPNV im Wortsinne kann es

nicht geben. Aber damit ist  
noch lange nicht gesagt, wer  
sich wie an den Kosten betei-  
ligt. Es wäre möglich, den  
Nahverkehr komplett aus  
Steuern oder über eine Abga-  
be zu bezahlen. In Frankreich  
beispielsweise gibt es eine  
Abgabe für Unternehmen,  
die sich nach der Lohnsum-  
me richtet und die nur für  
den Nahverkehr verwendet  
wird. In Templin kann man  
mit einer Jahres-Kurkarte  
gleichzeitig den Nahverkehr  
nutzen, ohne noch Tickets zu

kaufen. Vor allem  
das erfolgreiche Semesterti-  
cket im VRR kann als Modell  
gelten. Die Groko in Essen  
hat offenbar keine Fantasie  
für kreative und zukunfts-  
weisende Lösungen der Ver-  
kehrsprobleme.

In Essen genießt der Autove-  
kehr dagegen immer noch die  
absolute Vorrangstellung. Ihn  
irgendwie in Frage zu stellen,  
wird geradezu reflexartig als  
unangemessen zurückgewie-  
sen. Nichts soll sich, nichts

darf sich verändern an der  
Autogerechtigkeit der Stadt.  
Wer ein Auto besitzt, soll  
auch weiterhin überall hin  
dürfen, immer und zu mög-  
lichst geringen Kosten. Wer  
über die Kosten des öffent-  
lichen Verkehrs redet, darf  
aber über die Kosten des  
Autovekehrs nicht schwei-  
gen. Doch genau das ge-  
schieht, und genau hier liegt  
die politische Schiefelage.

Ob wir über die Verkehrssitua-  
tion im Allgemeinen reden



Stefan  
Hochstadt  
ist Soziologe  
und Stadtplan-  
ner, außer-  
dem Mitglied  
im Kreisvor-  
stand DIE  
LINKE. Essen

oder über die konkrete  
Belastung in Rütterscheid,  
Werden oder Altenessen –  
immer werden nur solche Lö-  
sungen gedanklich zugelas-  
sen, die den Autofahrerinnen  
und Autofahrern nicht weh-  
tun. Da sollen Häuser abge-  
rissen werden, da soll der  
Verkehr flüssiger gemacht  
werden, damit die lokale  
Schadstoffbelastung nicht  
allzu sehr und allzu oft über  
die zulässigen Grenzwerte  
steigt. Doch auf keinen Fall  
soll der Straßenraum neu  
verteilt werden. Mehr Platz  
für Radfahrende, für zu Fuß  
Gehende, für Busse und Stra-  
ßenbahnen? Geht nicht, ist  
noch nie gegangen, schadet  
dem Einzelhandel, will nie-  
mand usw. usf.

Dabei zeigt schon ein flüchti-  
ger Blick auf andere Städte,  
dass am Ende alle Menschen  
in der Stadt profitieren, wenn  
Mobilität neu gedacht und  
neu organisiert wird. Des-  
halb treten wir ein für die  
immer noch sehr gute Idee  
eines guten öffentlichen  
Nahverkehrs zum Nulltarif  
und für die klare Vor-  
rangstellung des Umwelt-  
verbands mit Bussen und  
Bahnen, Rad-  
und Fuß-  
verkehren.

### Badebetrieb sichern

Die LINKE machte sich  
bei einem Ortstermin im  
März gemeinsam mit der  
Sportverwaltung ein Bild von  
der schlechten baulichen Si-  
tuation des Grugabades. Je-  
derzeit droht die Schließung  
wegen technischer und ande-  
rer Probleme. So ist bei den  
Kesseln das Blech vor lauter  
Schweißnähten kaum noch  
zu erkennen. DIE LINKE bean-  
tragt im Rat, Mittel in den  
Haushalt in einen Fond zur  
technischen Instandsetzung  
des Grugabades einzustellen.

### Aufklären statt verbieten

Die LINKE lehnt ein  
Kopftuchverbot für Schülerin-  
nen ab und fordert stattdes-  
sen eine verstärkte Aufklä-  
rung. Ein Verbot stigmatisiert  
die Kinder weiter und bringt  
Konflikte mit den Eltern, der  
Schule und vor allem sich  
selbst. Kulturelle Gepflogen-  
heiten und religiöse Überzeu-  
gungen lassen sich nicht über  
Verbote steuern. Stattdessen  
muss aktive Elternarbeit ge-  
leistet und die Mädchen so  
gestärkt werden, dass sie  
sich selbstbewusst mit ihrer  
Religion auseinandersetzen  
können. Außerdem ist ein  
Verbot nicht mit der grund-  
gesetzlich verankerten Religi-  
onsfreiheit sowie dem Grund-  
satz der Gleichheit vereinbar:  
Andere religiöse Symbole,  
z.B. eine Kippa oder Kreuze,  
werden nicht beanstandet.

### Freifunkloch schließen

Die LINKE beklagt den  
schleppenden WLAN-Aus-  
bau. Die Stadtverwaltung ig-  
noriert den Ratsbeschluss  
vom 12. Juli 2017 zur Bewer-  
bung beim Förderprojekt Wi-  
Fi4EU. Die geplante App, die  
Daten abgreift, das Surfver-  
halten beobachten kann und  
eine Registrierung vorsieht,  
ist kein Ersatz für ein echtes  
freies WLAN. Hier werden die  
Menschen zur Ware für Big  
Data. Kein Wunder: Im Koali-  
tionsvertrag der Essener  
CDU und SPD kommt die Di-  
gitalisierung nicht vor.

Am 6. Mai will eine rechte Gruppe namens „Eltern gegen Gewalt“ eine „Großdemonstration“ auf dem Dreiringplatz durchführen. Diese Gruppe ist eine Abspaltung der „Mütter gegen Gewalt“, die kürzlich in Bottrop knapp 1.000 alte und neue Rechte auf die Straße brachte.

Essen stellt sich quer ruft ebenso wie DIE LINKE auf zur



## Gegendemonstration

### 6. Mai, 13:30 Uhr Dreiringplatz

Demonstrieren wir für ein kunterbuntes Steele. Gegen Rassismus! Gegen Gewalt!





Kommentar zum Stadtgeschehen

## Die Ruhrbahn – Erfolg zu welchem Preis?

von Ralf Fischer

Die aus der Essener EVAG und der Mülheimer MVG geschaffene Ruhrbahn könnte ein Erfolg werden. Die versprochenen Einsparungen scheinen auf gutem Weg, ohne dies auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen auszutragen.

Doch nun geht es ans Eingemachte. Über 100 Betriebsvereinbarungen, die die beiden Geschäftsführungen und Betriebsräte abgeschlossen hatten, müssen „harmonisiert“ werden, um unterschiedliche Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Kritischer Punkt: die Schichtzeiten. In Mülheim galten bisher 8,5 Stunden, in Essen 9,25. Die Beschäftigten würden einer neuen Betriebsvereinbarung sicher zustimmen, bewegte sie sich irgendwo dazwischen.

Doch die Geschäftsleitung will die „Harmonisierung“ nutzen, um die Schichtzeit auf 11 Stunden auszudehnen. Längere unbezahlte Pausen könnten die Arbeit unterbrechen, und Zuschläge würden gekürzt. Während die Geschäftsleitung den Betriebsrat auffordert, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, kontert

der Betriebsrat, der vereinbarte Rahmen sei einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund, den unsere Tageszeitungen geflissentlich „ausgespart“ haben, erscheint der „Fall“ von Ahmet Avsar vielleicht in neuem Licht. Der freigestellte Betriebsrat erhält das Gehalt eines Abteilungsleiters. Das war er tatsächlich mal, um zwischendurch heruntergestuft, dann wieder hochgestuft zu werden. Über die Rechtmäßigkeit werden Gerichte entscheiden. Dass dies aus dem Aufsichtsrat an die Presse durchgestochen wurde, riecht aber nach Betriebsräte-Mobbing, Motto: Irgendwas bleibt hängen. Es liegen, so wird vermutet, die Personalakten aller Betriebsräte zur Überprüfung bei der Geschäftsführung. Das erwartet man von Unternehmen in Privatbesitz. Hier jedoch handelt es sich um ein öffentliches Unternehmen, das im Sinne des Gemeinwohls arbeiten sollte.



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Nun müssen wir unsererseits die Ruhrbahn-Geschäftsführung auffordern, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Die Forderung des Betriebsrates, den bisherigen Rahmen einzuhalten, ist berechtigt. Zufriedene Beschäftigte sind schließlich auch eine der Bedingungen für den Erfolg der Ruhrbahn.

Kita-Misere

## Neues Jahr – altes Problem

von Artur Schwarz

**Auch das neue Kita-Jahr hat für die Stadt Essen mit einem dicken Defizit begonnen. Stadtweit fehlen rund 2.450 Kitaplätze, die meisten davon im Essener Norden. Die Stadt weist dabei gerne auf die wachsende Kinderzahl, begründet durch Zuwanderung und eine steigende Geburtenrate, mit der der Kita-Ausbau nicht mithalten könne.**

Dies ist allerdings nur eine Seite der Medaille. So hat ist die Zahl der Kinder zwischen 0 und 6 Jahren gegenüber dem Vorjahr um 1.037 gestiegen. Auch die Zahl der Kita-Plätze ist um rund 800 gestiegen. Dabei sank die Versorgungsquote für die unter Dreijährigen von 33,7 auf 33 Prozent, nur für die über Dreijährigen verbesserte sie sich von 91,4 auf 92,4 Prozent. Angepeilt waren 40 Prozent im U3-Bereich und 100 Prozent im

Ü3-Bereich. Der Ausbau konnte die steigende Kinderzahl nicht kompensieren.

Doch nicht hinter jeder Kinderbetreuung steckt wirklich ein Platz in einer Kindertageseinrichtung. So sind etwa 37 Prozent aller U3-Kinder, in der Summe 2.093, bei Tageseltern untergebracht, obwohl deren Anteil nach Ratsbeschluss nur bei 25 Prozent liegen soll. Weiterhin sind rund 300 Kinder in so genannten Spiel- und Fördergruppen untergebracht, welche ebenfalls in die Statistik einfließen. Zusammen fehlen damit rund 3.400 reguläre Kindertagesplätze in Essen.

### Mangel trifft die Armen

Die bekannte Nord-Süd-Spaltung spiegelt sich auch in den Betreuungsquoten wider, besonders dramatisch im U3-Bereich. So werden in den meisten Stadtteilen im Essener Norden nur rund 25 Prozent

der Kinder betreut, während gleichzeitig im Essener Süden viele Stadtteile überversorgt sind. Dabei ist eine frühkindliche Betreuung gerade dort wichtig, wo viele Kinder aus prekären Verhältnissen und mit Migrationshintergrund leben, um Integration und Bildungschancen zu fördern. Für viele Eltern, besonders für Alleinerziehende, wird ohne Kinderbetreuung die Berufstätigkeit zur Unmöglichkeit. Der Mangel ist ausgerechnet dort am größten, wo der meiste Bedarf besteht.

Damit schneidet sich die Stadt Essen mit einer Kinderarmut von 34 Prozent und einer Arbeitslosenquote von 12 Prozent weiter ins eigene Fleisch. Für Optimisten ist allerdings Hoffnung in Sicht, denn die Stadt rechnet damit, dass bis zum Kitajahr 2020 die angepeilten Versorgungsquoten erfüllt werden.

Der Autor ist Mitarbeiter der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen

Die Rechte Geflüchteter achten

## Keine Zentrale Ausländerbehörde in Essen

von Gabriele Giesecke

**Ordnungsdezernent Christian Kromberg betreibt mit kräftigem Rückenwind von Oberbürgermeister Thomas Kufen den Aufbau einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) des Landes in Essen. In der März-Ratssitzung wurde darüber hinaus deutlich, dass die überwiegende Mehrheit mit SPD und CDU an der Spitze die Pläne unterstützt. Nur DIE LINKE Ratsfraktion bezog eine klar ablehnende Position, während die Grünen uneinig sind.**

Sofort nach Bekanntwerden der Pläne zur Einrichtung einer ZAB Anfang Januar 2018 setzte eine öffentliche Diskussion über das Für und Wider ein. Eine klar ablehnende Stellung bezog vor allem das Bündnis Essen stellt sich quer (ESSQ). Das Bündnis befürchtet vor allem, dass die ZAB zu schnelleren Abschiebungen beitragen wird. Jetzt soll Ende April (nach Redaktionsschluss) ein Gründungstreffen „Essen gegen Abschiebungen“ stattfinden, um den weiteren Protest zu bündeln. ESSQ orientiert sich dabei an dem Protest in Münster, der so stark war, dass der Rat der Stadt Münster den Aufbau einer ZAB abgelehnt hat. Diese geht jetzt nach Coesfeld, vor den Toren Münsters, wo es weniger Widerstand gibt.

Pro Asyl/Flüchtlingsrat Essen lehnt die ZAB als Einrichtung ebenfalls ab. Weil die ZAB immer bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit Abschiebungen für die örtlichen Ausländerämter übernimmt, steht



Zeichnung von Zina Fattah

bei Pro Asyl die Standortfrage nicht im Mittelpunkt. Pro Asyl kritisiert die ZAB vor allem im Zusammenhang mit den Plänen der Landesregierung, die Rechte geflüchteter Menschen weiter einzuschränken. So plant die CDU/FDP-Landesregierung, die maximale Verweildauer von Geflüchteten in Landeseinrichtungen von sechs auf maximal 24 Monate anzuheben. Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wird, sollen dann direkt abgeschoben werden.

Da für die (lagerähnlichen) Landesinrichtungen die ZAB unmittelbar als Ausländerbehör-

de agiert, ist Pro Asyl höchst besorgt. Die Landesinrichtungen liegen meist weit ab von städtischen Strukturen und sind schlecht erreichbar. Die Geflüchteten werden so von Unterstützung aus der Zivilgesellschaft abgeschnitten, haben Probleme Rechtsanwälte einzuschalten, ihre Kinder sind nicht schulpflichtig, und sie erhalten neben einem erbärmlichen Taschengeld nur Sachleistungen.

Der Aussage: „Wir brauchen ein klares politisches Signal



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen



Hier das Bad am Thurfeld. So könnte auch das neue Borbecker Bad aussehen.

## Neues Stadtbad in Borbeck

von Herbert Bußfeld

Das marode Stadtbad in Borbeck wird nicht, wie es 2011 im so genannten Bäderkompromiss beschlossen war, im Bestand saniert. Stattdessen soll an der Germaniastraße (heutige Sportanlage) ein neues Stadtbad mit Gymnastikhalle erstellt werden.

Wie lange die veraltete Technik, die Stahlwanne und das marode Gebäude noch ihren Dienst tun, ist fraglich. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Eine Machbarkeitsstudie ergab nun, dass eine Generalsanierung des jetzigen Bades ca. 11,4 Millionen Euro benötigte. Der Abriss und Neubau am heutigen Standort wäre für 9,8 Millionen Euro zu haben. Der Neubau am Standort Germaniastraße kostete 10,3 Millionen Euro.

Im Wirtschaftsplan der Sport- und Bäderbetriebe sind aus dem Bäderkompromiss nur 2,2 Millionen Euro für das Stadtbad Borbeck vorgesehen. Die Frage der Finanzierung muss schnellstens geklärt werden. Hier sind die gesamte Stadtverwaltung und die Politik gefordert. Aus dem Etat der SBE alleine ist dieser Neubau nicht realisierbar.

Der heutige und künftige Betreiber des Bades, der Sportverein TuS 84/10 e.V., muss unbedingt in die weitere Planung des Bades einbezogen werden. Denn die Nachfrage nach Schwimmkursen, Was-



sergymnastik und Reha-Angeboten ist riesig. Für die Menschen im Nordwesten unserer Stadt muss so schnell wie möglich ein zeitgemäßes, funktionales und behindertengerechtes Stadtbad erstellt werden.

Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

### Impressum:

**Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links**

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger\*innenbüro Niema Movassat (MdB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essenermorgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich Anfang Juli 2018, Redaktionsschluss: 25. Juni 2018.



Essen – „Modellstadt“ zur Luftreinhaltung

# Können wir jetzt aufatmen?

Essen wird „Modellstadt“ für Luftreinhaltung. Weil der Bundesrepublik wegen fortwährenden Verstößen gegen die EU-Richtlinien zur Luftreinhaltung Strafen drohen und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor dem Bundesverwaltungsgericht Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge eingeklagt hat, hat die Bundesregierung fünf Städte ausgesucht, die beispielhaft Maßnahmen zur Luftverbesserung umsetzen sollen.



Staus und Abgase – Alltags in Essen

**A**uch wenn die EU-weiten Grenzwerte in den letzten Jahren in Essen weniger überschritten wurden: An den „Dauerbrennpunkten“ Gladbecker Straße, Brückstraße, Alfredstraße, Krayerstraße und in Frohnhausen lagen die Werte für Stickoxide im letzten Jahr 1 bis 9 Mikrogramm über den erlaubten 40 Mikrogramm.

## Kostenloser Nahverkehr schon wieder vom Tisch?

wissenschaftlich unbestritten ist, dass die hohe Feinstaub- und Stickoxidbelastung in den Ballungszentren gesundheitsschädlich ist. Dabei ist der individuelle Autoverkehr heute Hauptursache der Luftverschmutzung. Die Automobilkonzerne haben es ben viele Jahre lang nicht nur versäumt, das technisch Mögliche zu tun, sondern Werte und Testergebnisse geschönt.

Die Verringerung der Grenzwertüberschreitungen macht deutlich, dass die Einführung der Umweltzone Ruhr vor zehn Jahren und die Verjüngung der Fahrzeugflotte durchaus etwas gebracht haben. Trotzdem: Überschreitung ist Überschreitung, und

Nachdem die Bundesregierung im ersten Aufschlag zur Kür der „Modellstädte“ einen kostenlosen Nahverkehr als eine Möglichkeit ins Gespräch brachte, sind die Oberbürgermeister der fünf Städte schnell zurückgerudert. Dabei setzen andere



Wolfgang Freye ist Ratscherr für DIE LINKE. Essen

Städte international durchaus Maßstäbe. In Wien kostet ein Dauerticket im Jahr insgesamt 365 Euro, also 1 Euro pro Tag – der Anteil des öffentlichen Nahverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen ist deutlich gestiegen. DIE LINKE. Essen fordert seit Jahren einen fahrscheinlosen, durch eine Umlage oder öffentliche Mittel finanzierten Nahverkehr.

Insgesamt 31 weitere Vorschläge hat die Stadt Essen inzwischen eingereicht. Für durchaus sinnvoll hält DIE

LINKE die Einrichtung von vier Park-and-Ride-Plätzen im Norden und Süden der Stadt sowie die Einrichtung eigener Busspuren auf Einfallstraßen wie der Gladbecker Straße.

## Umstieg auf Bahn und Rad besser fördern

15 Millionen Euro will Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) allein für den Radverkehr einsetzen. Gefördert werden soll das Carsharing. Die Parkgebühren sollen im Innenstadtbereich erhöht werden, als Anreiz für die

Fahrt mit der Bahn oder dem Rad in die Innenstadt.

Die im Rahmen der „Grünen Hauptstadt“ selbstgesetzten Ziele der Stadt zu einer Mobilitätswende und zur Klimaverbesserung werden durch diese Maßnahmen allein jedoch nicht erreicht werden. Außerdem ist klar, dass die kurzfristigen Maßnahmen nur umsetzbar sind, wenn der Bund Mittel zur Verfügung stellt. Park-and-Ride-

Verkehr erfordert z.B. mehr Busse. Aussagen des Bundes zur Finanzierung sind jedoch noch offen.

Was aus Sicht der Fraktion DIE LINKE in die Vorschläge gehört hätte, wäre jedoch die Taktverdichtung von Bahnen und Bussen, soweit das vor dem Bau der geplanten Bahnhofsstraßenbahn-Tangente möglich ist. Gerade frühmorgens, abends und an den Wochenenden ist die Nahverkehrstaktung durch die Kürzungen der letzten Jahre schlechter, als sie vorher schon war. Auch ein „Tag des kostenlosen Nahverkehrs“ wäre eine sinnvolle Werbemaßnahme für den Umstieg vom Auto in die Bahn, die in der Liste fehlt.

DIE LINKE unterstützt alles, was den Umstieg auf Bahn, Bus und Rad fördert. Dem nützt es nicht, wenn der Oberbürgermeister im Rahmen der „Modellstadt“-Vorschläge auch eine Umrüstung der Dieselfahrzeug-Hardware vorgeschlagen hat, die allein für Essen mit 300 Mio. Euro zu Buche schlagen würde, ohne klarzustellen, wer das bezahlen soll. DIE LINKE ist jedenfalls dagegen, dafür die Steuerzahlenden zur Kasse zu bitten. Es müssten die Automobilkonzerne herangezogen werden, die jahrelang belogen und betrogen haben, trotzdem aber schon wieder Riesengewinne einfahren.

## Verkehrswende – aber wie?

Am 17. April 2018 sprach der bundesweit anerkannte Verkehrsexperte Heiner Monheim, emeritierter Professor für Geografie und Landesplanung in Trier, im Forum Kunst & Architektur am Kopstadtplatz vor rund 40 Gästen über die Verkehrswende. Eingeladen hatten DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und die Umweltgewerkschaft Essen.

Schwungvoll begann die frei vorgetragene Rede mit einem Nachweis, in welchem Maße sich die traditionelle Verkehrsplanung irrt. So werde der Fuß- und Radverkehr systematisch unterschätzt und stets außer Acht gelassen, dass man ja nicht nur mit dem Bus oder dem Auto irgendwo hinfährt, sondern auch erstmal zur Haltestelle oder zum Parkplatz gehen muss. Auch fände der Einkaufsverkehr zu hohem Anteil gar nicht mit dem Auto statt – eine Breitenseite gegen den Einzelhandel, der stets auf „seinen“ freien Parkplätzen beharrt.



Die Veranstaltungsreihe „Nachhaltige Mobilität“ wird fortgesetzt. Am 8. Mai 2018, um 18 Uhr im Heinz-Renner-Haus in der Severinstraße 1 ist Matthias Bärwolff zu Gast. Der LINKE-Politiker aus Erfurt erläutert das Konzept für einen ticketlosen Nahverkehr, wie er in Erfurt eingeführt werden soll.

Während wir die Zuschüsse für den Nahverkehr kennen, gerate aus dem Blick, dass der private Autoverkehr in Wahrheit noch stärker gefördert wird. Mit rund 2.600 Euro pro Jahr subventionieren die öffentlichen Kassen

jedes Auto. Diese Gelder gehören für Monheim in den öffentlichen Nah- und Fernverkehr umgeschichtet. Autofahrende sollen dagegen die Kosten für den Straßenverkehr vollständig selbst bezahlen: durch eine Maut, die jedes Auto nach Größe, Schadstoffausstoß und Fahrleistung abrechnet.

Vor allem feierte

Monheim die Einführung des Semester-tickets, an dessen Konzeption er beteiligt war, als großen Erfolg. Für ihn ein Beleg, dass ein ticketloser Nahverkehr funktionieren kann: „Hier haben wir schon so ein Bürgerticket im Kleinen. Nun gehen wir noch einen Schritt weiter: Wir immatrikulieren Sie alle!“

Ralf Fischer



Professor em. Heiner Monheim

## Fahrradhäuschen in Essen

# Gut gedacht, aber ...

Am 18. April 2018 wurden in der Savignystraße (Holsterhausen) und in der Cäsarstraße (Rüttenscheid) die ersten beiden Fahrradhäuschen in Essen eröffnet. In jedes passen bis zu zwölf Räder, die an einer Spindel pneumatisch unterstützt aufgehängt werden.



Sichere Stellplätze für Räder sind eine wichtige Voraussetzung für ihre Nutzung im Alltag. Essen bräuchte viel mehr davon. Wären die Häuschen nicht mit einer Lochblechfassade eingehaust und stünden sie nicht offen auf Klötzchen, dann wäre sogar der Witterungsschutz gelungen.

Angeblich hat die Stadt Essen mit Mitteln des Grüne-Hauptstadt-Jahres 20.000 Euro für die beiden Häus-

chen spendiert. Die Preise in Dortmund und Hamburg liegen nur bei etwa der Hälfte, abhängig von Typ und Größe. Die Stadt Essen stellt außerdem großzügig den öffentlichen Grund zur Verfügung – allein die Erwähnung dieses Umstands ist bedenklich, stehen doch zehntausende PKW ganz selbstverständlich kostenlos auf öffentlichem Grund herum. Damit hört die Verantwortungsbereitschaft der Stadt auch schon auf. Der Betrieb der Häuschen wird dem ADFC überlassen, dem alle mit dem Betrieb einhergehenden Risiken aufgebürdet werden. Diese reicht er natürlich an die Mieterinnen und Mieter weiter. Die Miete richtet sich nämlich nach der Auslastung. Die ohnehin schon ziemlich teure Monatsmiete in Höhe von mindestens acht Euro gilt nur, wenn alle Plätze belegt sind. Werden nur sechs Plätze

vermietet, steigt sie auf das Doppelte. Bei weniger als sechs vermieteten Plätzen behält sich der ADFC ein Sonderkündigungsrecht vor.

Die meisten Straßenparkplätze können unentgeltlich von PKW genutzt werden. Bewohnerparkausweise (wie z.B. in der Cäsarstraße) kosten nur 30 Euro pro Jahr – natürlich unabhängig davon, wie viele Plätze belegt sind. 16 Euro im Monat für ein Fahrrad bedeuten 192 Euro im Jahr, mehr als sechsmal so viel wie für ein Auto!

In Hamburg werden die Häuschen nachbarschaftlich organisiert: Finden sich genug Menschen, bleibt es nach der Genehmigung Sache der Nutzerinnen und Nutzer, sich über die konkreten Vertragsbedingungen zu verständigen. Es gibt auch nicht nur einen einzigen Typ, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Häuschen, so dass auf spezifische Bedürfnisse und Gegebenheiten reagiert werden kann.

Unterm Strich: Gut gedacht ist das Gegenteil von gut gemacht! Essen mag sich feiern für 24 geschützte Fahrradparkplätze. Grund dafür besteht nicht.

Stefan Hochstadt



Mit Wirkung ab März 2018 hat die Stadt Essen die Mietobergrenze für die „angemessene“ Miete für Leistungsberechtigte im SGB II (Hartz 4) und Grundsicherung erhöht. Nach Ansicht der Stadt ergeben sich nunmehr die folgenden Werte:

Unter „Bruttokaltmiete“ ist die Grundmiete zusammen mit allen „kalten“ Betriebskosten zu verstehen. Die Kosten für die Heizung werden zusätzlich gewährt. Beispiel: Eine Einzelperson hat eine Grundmiete von 254 Euro und Nebenkosten von 100 Euro. Oder Grundmiete 200 Euro und Nebenkosten 154 Euro. Zusammen jeweils 354 Euro brutto/kalt und damit in Ordnung. Ob die Heizkosten dann 30, 50 oder 100 Euro betragen, ist (fast) egal. Bei den Heizkosten findet nur eine Missbrauchskontrolle statt, die frühestens dann eingreift, wenn die Heizkosten pro Monat und theoretisch angemessenem Quadratmeter Wohnfläche zwei Euro übersteigen.

Dagegen wäre z.B. 270 Euro Grundmiete und 100 Euro Nebenkosten, brutto/kalt 370 Euro, für eine Einzelperson zu hoch. Die Stadt würde bei Wohnungen, die bereits bewohnt werden (höchstwahrscheinlich) mit einer Kostensenkungsaufforderung reagieren und die „überhöhten“ Kosten nur noch für ein halbes Jahr übernehmen. Bei Neuvermietungen würde (sicher) die Zustimmung verweigert werden. Folgen:

## Auswirkung des neuen Mietspiegels

# Etwas mehr für die Miete, bitte!

Es würden weder Umzugskosten, noch Einzugsrenovierung, noch ein Mietkautiondarlehen übernommen. Hier ist Vorsicht geboten, denn die Stadt rechnet an dieser Stelle auf den Cent genau. Selbst extrem niedrige Heizkosten würden an dieser Stelle nicht interessieren, denn im Rahmen des geltenden Brutto-Kaltmiet-Konzepts kommt ersparten Heizkosten praktisch kein Stellenwert zu.

In Ausnahmefällen – und diese werden von der Stadt seltensten angenommen – können auch moderat höhere Mieten gewährt werden. Z.B. wenn jemand an den Rollstuhl gefesselt ist und daher etwas mehr Raumbedarf hat. Dies geschieht jedoch praktisch nie diskussionsfrei. Letzteres ist sehr ärgerlich, wenn man eine neue Wohnung beziehen möchte. In solchen Situationen empfiehlt es sich, bereits im Vorfeld zu versuchen, das Thema mit dem Sachbearbeiter zu erörtern. Viele Sachbearbeiter vergeben Termine in Umzugsangelegenheiten allerdings leider erst dann, wenn ein Wohnungsangebot vorgelegt werden kann. An dieser Stelle ist Hartnäckigkeit gefragt, um nicht im Hamsterrad „Termin da – Wohnung weg“ zu landen.

Die jetzige Erhöhung steht im Zusammenhang mit dem ab dem 1. März 2018 geltenden Essener Mietspiegel. Für den Moment fällt auf, dass offenbar lediglich eine Erhöhung der Bruttokaltmiete um 10 Cent pro rechnerisch angemessenem Quadratmeter Wohnfläche vorgenommen wird. Dies ist problematisch, weil ein solches Ergebnis eher

bei einer Veränderung des Betriebskostenspiegels des Deutschen Mieterbundes NRW zu erwarten gewesen wäre. Diesen hält die Stadt aber in seiner Neuauflage aus Januar 2018 für unverändert. Auch die Entwicklung der Immobilienpreise in den letzten Jahren – und mit ihnen der Mieten – scheint mit der Erhöhung nur sehr knapp berücksichtigt. Hier ist ggf. das letzte Wort noch nicht gesprochen.



Angemessene Unterkunftskosten Maximale Bruttokaltmiete	ab dem 01.03.2018
1-Personen Haushalt	354,00 Euro
2-Personen Haushalt	450,45 Euro
3-Personen Haushalt	554,40 Euro
4-Personen Haushalt	667,85 Euro
5-Personen Haushalt	795,30 Euro
6-Personen Haushalt	880,80 Euro
7-Personen Haushalt	973,70 Euro
8-Personen Haushalt	1.062,60 Euro
9-Personen Haushalt	1.146,00 Euro
jede weitere Person	76,40 Euro



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

Immer wenn Ihre Miete nur gekürzt übernommen wird, ist dies ein Anlass, sich beraten zu lassen. Bei Mietkürzungen besteht eine hohe Fehlerquote. Wenn Sie also einen Bescheid mit gekürzter Miete erhalten, schauen Sie doch mal – am besten innerhalb der Widerspruchsfrist von nur einem Monat, also so bald wie möglich – in einer Beratungsstelle vorbei.

Falls Ihnen mehr Miete zusteht oder Warmwasserkosten oder Elektroheizkosten fürs Bad, kann das durchgesetzt werden. Die Bera-

tungen sind kostenfrei. Zur Beratung ist es sinnvoll, früh zu erscheinen und alle in Betracht kommenden Bescheide, besonders den neuesten, mit zu bringen.

**Weitere Beratungstermine finden Sie unten auf dieser Seite. Die Beratungstermine, in denen der Autor, Carsten Dams, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht, selbst berät, stehen auch unter [www.hartz4.nrw](http://www.hartz4.nrw) oder unter Tel 0201/5147472 (Bandansage).**

### Umgang mit HIV- und Hepatitis

## Diskriminierung unzulässig

von Jasper Prigge

Die medizinischen Fortschritte bei der Behandlung von Menschen mit HIV und Hepatitis sind gewaltig. Wer die Immunschwächekrankheit erwirbt, kann seine Viruslast heute durch eine Therapie bis unter die Nachweisgrenze senken; das Virus kann nicht weitergegeben werden. Die präventive Einnahme von Medikamenten kann eine Ansteckung verhindern. Mittlerweile ist die sogenannte Präexpositionsprophylaxe (PrEP) in Deutschland bezahlbar.

### Polizei speichert Infektionen

Die gesellschaftliche Diskussion darüber ist jedoch weiterhin mit Ängsten und Vorurteilen besetzt. Wissensdefizite und Fehlvorstellungen über die Erkrankungen sind selbst bei medizinisch ausgebildetem Personal und Behörden keine Seltenheit. So ist die Diskriminierung von Menschen mit HIV und Hepatitis noch immer Alltag.

Datenschutz kann eine Stigmatisierung von Menschen mit HIV und Hepatitis verhindern. Besonders problematisch ist daher, dass tausende Menschen im polizeilichen Informationssystem INPOL mit dem Hinweis „ANST“ als „ansteckend“ gekennzeichnet sind.

Im Jahr 2015 wurden in Bayern Daten über 14.000 Personen erfasst, in NRW waren 2016 immerhin 870 Personen betroffen. Polizeibeamte sollen durch die Kennzeichnung in



Der Autor ist Rechtsanwalt und Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

die Lage versetzt werden, sich vor einer möglichen Ansteckung zu schützen.

Zu bezweifeln ist, dass dies den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrt. Eine Infektion bedeutet nicht mehr, dass überhaupt eine Gefahr besteht. Polizeibeamte müssen zudem unabhängig davon, ob eine Infektion bekannt ist, die erforderlichen Schutzmaßnahmen ergreifen, so dass es eines besonderen Hinweises gar nicht bedarf.

Das Bundesarbeitsgericht befand am 19.12.2013 (6 AZR 190/12) die Kündigung eines chemisch-technischen Assistenten durch den Arbeitgeber in der Probezeit wegen eines Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) für unwirksam. Auch eine symptomlose HIV-Infektion kann eine Behinderung darstellen; eine arbeitsrechtliche Maßnahme darf nicht daran anknüpfen. Schon bei der Einstellung ist eine Benachteiligung aufgrund der Erkrankung unzulässig.

### Diskriminierung am Arbeitsplatz

Verlangt der Arbeitgeber einen HIV-Test, ohne dass dies medizinisch begründbar ist, kann dies ein Indiz für eine Diskriminierung darstellen. Wegen der Beweislastumkehrung des § 22 AGG muss dann der Arbeitgeber nachweisen, dass er nicht diskriminiert hat. Denkbar sind Schadensersatzansprüche; Kündigungen sind unwirksam.

**Bei allen medizinischen Fortschritten bedarf es noch einiges an Aufklärung, um Diskriminierungen abzubauen.**

### Auskunftsersuchen:

## Gewissheit schaffen!



**Im Juli 2017 wurden beim G20-Gipfel in Hamburg etlichen Journalist\*innen die Akkreditierung entzogen. Die Behörden hatten über diese Menschen Informationen gespeichert, die inhaltlich zu meist falsch gewesen sein sollen. Irrtümliche bzw. falsche Datensätze bei Behörden haben für die Betroffenen viele negative Folgen, noch dazu ohne deren Kenntnis.**

In einer Demokratie kann das jeder Mensch hierzulande für sich ändern. Alle Menschen können bei Behörden ein so genanntes „Auskunftsersuchen“ stellen. Hierbei wird ein Formular mit dem Antrag eingereicht und dem eine Ausweiskopie beigelegt. Hierfür dürfen Fotos oder bei neuen Personalausweisen auch die Zugangsnummer geschwärzt werden. Die Behörden dürfen nicht nach dem Grund des Ersuchens fragen. Eine Antwort auf ein Aus-

kunftsersuchen sollte nicht länger als drei Monate dauern. Sofern es zu lange dauert oder Inhalte der Antworten nicht richtig sind, empfiehlt es sich, eine Anwaltskanzlei zu konsultieren, um fehlerhafte oder zu Unrecht gespeicherte Informationen auf dem Rechtsweg löschen zu lassen.

Für Behörden sind diese Auskunftsersuchen gut. Je mehr, desto besser. Sie nehmen die externe Aufmerksamkeit zur Kenntnis, was statistisch erfasst wird. Eine Konsequenz ist, dass diese Behörden mehr darauf achten, was in welcher Modalität gespeichert wird, wann welche Datensätze intern gelöscht werden.

In einem demokratischen Rechtsstaat gehört zur institutionellen Macht die Kontrolle dieser Macht. Für ein Auskunftsersuchen gibt es im Internet einen Generator sowie viele weitere Informationen unter: [www.datenschmutz.de](http://www.datenschmutz.de)

Jimmy Bulanik

#### Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Altendorf, mit RA Carsten Dams

#### Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Altendorf

#### Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Altessen

#### Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Frohnhausen

#### Dienstags, 13.30 - 15.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

#### Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr

Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Huttrop

#### Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr

Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Übrerruhr

#### Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr

Friedrich-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Innenstadt

#### Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Innenstadt, mit RA Carsten Dams

#### Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr

Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Katernberg, mit RAin Gabriele Junker

#### Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Werden

#### Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt, mit RAin Gabriele Junker

#### Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Borbecker Platz 5, Borbeck, mit RA Jan Häußler

#### Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Steele, mit RA Carsten Dams

#### Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Innenstadt

**Aktuelle Infos finden Sie auf <http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/>**



Abtreibung wieder in der Debatte

# „Mein Körper gehört mir!“

Ein kleiner Hinweis auf ihrer Website sorgte bundesweit für Aufregung. Im Rahmen der Darstellung, welche Leistungen sie als Ärztin erbringt, listet Kristina Hänel, Allgemeinmedizinerin in Gießen, auch den Schwangerschaftsabbruch auf. Ganz neutral, möchte man meinen, schließlich müssen Frauen sich doch informieren dürfen. Doch weit gefehlt, die Ärztin wurde angezeigt. Nur eine von rund 30 Anzeigen im letzten Jahr gegen Ärztinnen und Ärzte.



Grundlage ist der § 219a des Strafgesetzbuches (StGB), der von 1933 (!) stammt und bis heute „Werbung“ für Abtreibung unter Strafe stellt. In der Vergangenheit hatten die meisten Staatsanwaltschaften solche Verfahren eingestellt. Nicht so in diesem Fall. Offenbar hat sich mit dem Rechtsruck in Deutschland das gesellschaftliche Klima verändert. Das Gießener Landgericht verurteilte Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro. Es befand, dass sachliche Information „Werbung“ im Sinne des § 219a StGB darstelle.

Natürlich legte Hänel Berufung ein. Am 12. Dezember 2017 überreichte sie, unterstützt von prominenten Persönlichkeiten, darunter auch die Vorsitzenden von LINKen und Grünen, dem Deutschen Bundestag eine Petition mit 155.000 Unterschriften. Zum Internationalen Frauentag im März zeichnete DIE LINKE sie mit dem Clara-Zetkin-Preis für ihr Engagement aus. Über den Fall und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, sich für oder gegen ein Kind zu entscheiden, sprach Ralf Fischer mit ihr.

**EMO: Liebe Kristina, vielen Dank, dass Du unsere Feminismustage besuchst und mit uns über das Recht auf Abtreibung diskutierst. Wie kam es zu Deinem Prozess?**

*Ich wurde von einem so genannten Lebensschützer angezeigt. Der Mann ist bekannt und durchsucht offenbar die Websites von Ärztinnen und Ärzten gezielt nach Hinweisen, um sie anzeigen zu können. Am 24. November 2017 kam das bekannte Urteil, gegen das ich natürlich vorgehe. Diese Lebensschützer entfalten einen unglaublichen Druck, vor allem mit ihren Bildern. Die gezeigten Embryonen sind viel älter und weiter entwickelt, als es in der 12. Schwangerschaftswoche der Fall ist. Ich habe euch ja zwei Bilder gezeigt, welche Größe die Föten bis zur 12. Woche tatsächlich haben. Vor allem das immer wieder abgedruckte Bild aus dem Band von Lennart Nielsen verfälscht die ganze Debatte. Man sieht darauf die Fruchtblase und den Embryo darin. Für Frauen mit einer Wunschwunschschwangerschaft ein wunderbares Bild, aber für ungewollte schwangere Frauen sehr schmerzhaft. In diesem Stadium sieht man normalerweise mit bloßem Auge den Embryo nicht.*



**Kristina Hänel, Allgemeinmedizinerin in Gießen, wurde wegen „Werbung für Abtreibung“ zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt**

*Wenn diese Leute wirklich Abtreibungen verhindern wollten, dann müssten sie sich am Ergebnis internationaler medizinischer Studien orientieren. Die sagen ganz klar: Je liberaler die Gesetze sind, je mehr die Gleichstellung verwirklicht ist, je besser der Zugang zu Verhütungsmitteln ist, desto niedriger sind die Abtrei-*

*bungszahlen. Wenn man über „Lebensschutz“ reden möchte, dann so. Diesen Begriff will ich mir zurückholen!*

**EMO: Wie stehst Du denn generell zur Abtreibung?**

*Abtreibungen hat es zu allen Zeiten in allen Gesellschaften und in*

*allen Schichten gegeben. Weltweit gehen die Ärzteorganisationen und die WHO von zurzeit rund 56 Millionen Abtreibungen aus. Davon findet die Hälfte unter medizinisch ordentlichen Bedingungen statt. Etwa 8 Millionen finden immer noch völlig ohne jede medizinische Versorgung aus. Davon findet die Hälfte unter medizinisch ordentlichen Bedingungen statt. Etwa 8 Millionen finden immer noch völlig ohne jede medizinische Versorgung aus. Davon findet die Hälfte unter medizinisch ordentlichen Bedingungen statt. Etwa 8 Millionen finden immer noch völlig ohne jede medizinische Versorgung aus. Davon findet die Hälfte unter medizinisch ordentlichen Bedingungen statt. Etwa 8 Millionen finden immer noch völlig ohne jede medizinische Versorgung aus.*

*der Wende, als die Abtreibungsgesetze liberalisiert worden waren. Vor der Wende waren Verhütung und Abtreibung verboten. Die Sterberate durch unprofessionelle Eingriffe war enorm hoch. Mit der Liberalisierung gingen die Todesfälle rapide zurück, die Abtreibungsrate auch. Dabei blieb die Geburtenrate über alle Jahre konstant. Das nimmt der AfD die Argumente weg. Wenn die Frauen mehr Freiheit für ihre eigene Entscheidung haben, gibt es dennoch nicht mehr Abtreibungen, sondern weniger. Das spricht ganz klar auch gegen den Paragraphen 218.*

**EMO: Sollte es gar keine Gesetze geben, die den Schwangerschaftsabbruch regeln?**

*Wenn, dann müsste sich das außerhalb des Strafgesetzbuches abspielen. Ich fand interessant, was meine Ko-Referentin von der AWO-Beratungsstelle dazu sagte, als sie die Gesetzeslage der früheren DDR zitierte. Die gab der Frau das Recht zu einem Abbruch, die Beratung war unabhängig, und die Entscheidung blieb allein bei ihr. Ärztinnen und Ärzte waren verpflichtet, auch über Verhütungsmittel aufzuklären. Das hätte nach der Wende übernommen werden sollen, dann gäbe es unsere Debatte nicht.*

Erste Feminismustage in Essen:

## Marxismus und Feminismus – eine Liebesgeschichte?

**Über 100 Frauen und Männer, darunter viele junge Leute, kamen am 24. und 25. März 2018 ins Heinz-Renner-Haus zu den ersten Feminismustagen, veranstaltet vom Kreisverband DIE LINKE. Essen.**

Die einzelnen Diskussionen darzustellen, führte hier zu weit. Denn zwei Tage lang debattierten die Besucher\*innen in insgesamt 16 Workshops und drei Podien unter anderem über

- Arbeitskämpfe: Der Klassenkampf wird weiblicher
- Feminismus und Religion, ein Widerspruch?
- Ich bin Feminist – Männer als Verbündete
- Das Frauenbild der AfD
- Prostitution – ein Beruf wie jeder andere?

- Pornos auf feministisch – geht das?
- „Mein Bauch gehört mir“ – der Kampf um das Recht auf Abtreibung
- Mach’s dir selbst! Wird unsere Sexualität unterdrückt? Während die AfD mit ihren „antifeministischen“ Parolen durch das Land rollt und sich wünscht, die Frau würde wieder wie in den 1950er Jahren vor dem „guten deutschen Herd“ stehen, haben sich Essener Aktive der Linkspartei diesem Trend in den Weg gestellt. Denn Feminismus ist nicht nur ein Thema für Akademikerinnen, sondern geht alle etwas an. Nicht nur die Frauen, auch etliche Männer beteiligten sich aktiv an den Workshops. Als besondere Gäste konnten wir Kristina Hänel und Nina Eumann gewinnen. Die Gießener Ärztin Hä-

nel kämpft seit Jahren gegen den Abtreibungsparagraphen 219a und setzt sich für das freie Informationsrecht ein. Nina Eumann ist Mitglied im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE und informierte darüber, wie DIE LINKE bei jedem Thema den Feminismus mitdenkt. Weitere Gäste waren die Bundestagsabgeordnete Sylvia Gabelmann und die Betriebsrätin Maurike Maaßen.

Ein rundum gelungenes Wochenende. Über eine Folgeveranstaltung wird nachgedacht. Die bekannte Kabarettistin Carolin Kebekus beschrieb das Wort Feminismus einmal so: „Feminismus, das klingt so nach unrasiert und ungebümt.“ Mit diesem Klischee konnten die Veranstalter\*innen jedenfalls ordentlich aufräumen.

Schwangerschaftsabbruch.

## Die Gesetzeslage

*Bis zum Ende der zwölften Schwangerschaftswoche sind Abtreibungen nach § 218 StGB zwar rechtswidrig, werden aber nicht bestraft, wenn einige Voraussetzungen erfüllt sind. Eine davon ist die Beratung.*

*Nach § 218a StGB ist die Beratung aber nicht neutral, sondern dient dem Schutz des Ungeborenen, soll also die Frau von der Austragung des Kindes überzeugen. Nur wenn das erfolglos bleibt und der „Schwangerschaftskonflikt“ weiter besteht, wird der sog. Beratungsschein ausgestellt, mit dem eine Abtreibung straffrei durchgeführt werden darf.*

*Nach Ende der zwölften Woche muss es besondere Gründe für den Abbruch geben, eine Behinderung des Ungeborenen, Lebensgefahr für die Schwangere oder eine Schwangerschaft nach einem Sexualverbrechen.*

*Beratungsstellen betreiben die Verbände Pro Familia, die AWO, das Diakonische Werk oder die katholische Donum Vitae. Auch Frauenärzt\*innen dürfen die Pflichtberatung anbieten, wenn sie dann nicht selbst die Frau behandeln.*

**EMO: Wie geht es nun weiter mit dem Paragraphen 219a?**

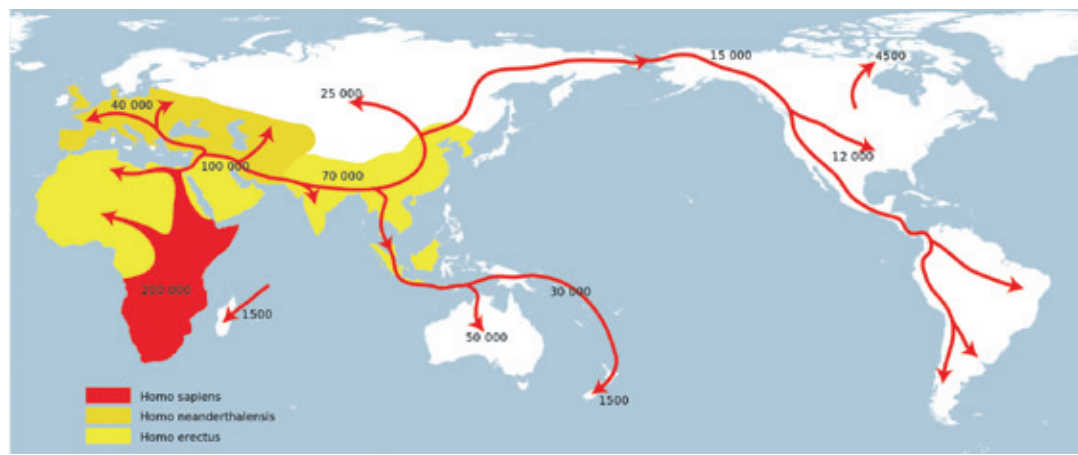
*Der ist eine Beleidigung für alle Frauen und gehört abgeschafft. Kosmetische Änderungen, wie sie nun diskutiert werden, behindern auch weiter das Grundrecht auf freie Information und Selbstbestimmung. Es macht schließlich keinen Sinn, dass ein Abbruch nach der Pflichtberatung straffrei ist, die Information darüber aber eine Straftat bleibt. Das ist doch absurd!*

**EMO: Und wie geht es mit Ihnen weiter? Einer großen Tageszeitung haben Sie mal gesagt, Sie würden „notfalls Reitlehrerin“?**

*Nun, ich bin jetzt 61, da naht der Ruhestand ohnehin. Vielleicht spricht das Bundesverfassungsgericht in einigen Jahren doch noch ein bahnbrechendes Urteil. Dann könnte ich mich zurücklehnen und gelassen mit meinen Enkeln spielen.*

**EMO: Vielen Dank für dieses Gespräch und viel Erfolg in der nächsten Instanz!**





*Migration, gleich aus welchem Grund sie stattfindet, ist so alt wie die Menschheit. Wir alle sind – und zwar zu 100 Prozent – Nachfahren von Migrantinnen und Migranten!*

von Ralf Fischer

Wer dies verleugnet, verleugnet sich selbst. Denn niemand, wirklich niemand von uns wäre auf der Welt, hätten sich nicht vor Zehntausenden von Jahren einige Stämme von Afrika aus aufgemacht in die ganze Welt. 2.000 Generationen und viele, viele „Völkerwanderungen“ brauchte die Menschheit, um dahin zu kommen, wo sie heute ist.

„Ausländer raus“?

Nach dem letzten Stand der Forschung liegt die Herkunft der Menschheit im südwestlichen Afrika. Dort lebt heute noch ein isolierter Volksstamm, der einzelne Gene trägt, die gleichermaßen bei Menschen in Westeuropa, in Japan, Australien, Sibirien, Nord- und Südamerika nachweisbar sind. Vermutlich waren auch schon in der Frühzeit Klimaveränderungen, die Dürren und Hungersnöte auslösten oder extreme Kältephasen hervorriefen, dafür verantwortlich, dass die frühen Stämme der Menschheit sich teilten und manche von ihnen begannen, ihre ursprünglichen Gebiete zu verlassen. Heute tragen wir „modernen“ Menschen in Westeuropa zu etwa fünf Prozent Gene der so genannten „Neandertaler“ in uns. Was wiederum beweist, dass die Besiedelung Westeuropas in mehreren Wellen erfolgte, die Jahrtausende auseinanderlagen. Und deswegen frage ich jeden Nazi, der „Ausländer raus!“ brüllt, wie weit er damit in der Geschichte zurückgehen möchte. Mein konstruktiver Vorschlag: Ich nehme

Von Hautfarben und Sprachen

Es ist die Sonne, die über die Hautfarbe entscheidet. In unseren Genen sind alle Hautfarben angelegt. Grad und Stärke der Sonneneinstrahlung bestimmen darüber, ob im Körper die Vitamin-D-Produktion angeregt oder gehemmt wird. Und dies hat Einfluss auf die Pigmente der Haut. Natürlich benötigt dieser Prozess viele Generationen. Bringen wir es auf den Punkt: Alle Menschen sind schwarz – bloß mit mehr oder weniger Vitamin D!

Blicken wir noch in die moderne Kultur. Was wir üblicher Weise „Sprachgrenzen“ nennen, sind historische Erfindungen. Wie die Menschen im Alltag sprechen, geht in Wahrheit fließend ineinander über. Das Wort „Grenze“ ist ein slawisches Wort. Im tschechischen „hranice“ (ausgesprochen: chrani-ze mit dem trockenem, an die Schweiz erinnernden stimmlosen ch) wird aus dem harten ch im Deutschen das weiche g. Wer es vor sich hin spricht, kann es spüren: Es ist dasselbe Wort, nur ein anderer Dialekt. Unsere Zahl „drei“ heißt auf Holländisch „drie“ und auf Englisch „three“. Ein und dasselbe Wort in anderem Dialekt. Wir brauchen gar nicht Friedrich Engels und seine Forschungsarbeit „Der Fränkische Dialekt“ (in: MEW 19, S. 494-518), um die Lautverschiebungen zu verstehen (ein Lesetipp ist das trotzdem).

Daher bemühen sich die Herrschenden in allen Zeiten so

sehr darum, aus den vorhandenen Dialekten „Hochsprachen“ zu erzeugen, die dazu beitragen sollten, das beanspruchte Herrschaftsgebiet zu sichern. Sie werden in den Schulen gelehrt, darin werden Gesetze geschrieben, all dies erzeugt erst das, was wir „Sprachgrenzen“ nennen, weil die Übergänge und Zwischenstufen, die Dialekte, dahinter verschwinden. Hautfarbe oder Sprache scheiden als Kriterien aus, wenn es darum geht zu beurteilen, wer wo auf der Welt leben darf.

Von Nationen und Religionen

Die heutigen Nationalstaaten sind zumeist Ergebnisse historischer Zufälle, Folgen von Kriegen oder dem Geschacher früherer Fürsten. Hätten die damals heidnischen Sachsen, die noch nicht als „deutsch“ galten, im Jahr 804 gegen die Armee von Karl, genannt „dem Großen“, gewonnen, wären die Westfalen slawisch geblieben. Hätte Karls Sohn Ludwig „der Fromme“ nicht gegen die eigenen Söhne aus erster und zweiter Ehe gekämpft, wäre das Frankenreich 843 und 870 nicht in

die Gebiete aufgeteilt worden, aus denen Deutschland und Frankreich hervorgingen. Wir wären auch keine Deutschen, hätten die Schweden im Dreißigjährigen Krieg von 1618 bis 1648 besiegt. Und Bayern, natürlich ohne Franken, wäre vielleicht bis heute österreichisch, hätte das Kaiserhaus in Wien eine andere Heiratspolitik betrieben. Wer heute deutsch ist, kann daraus kein Recht ableiten, anderen die Eintrittskarte zu verweigern. Denn in Bezug auf die Nationalität und wie sie zustande kam, sind wir alle vereint: Schachfiguren der Mächtigen!

Und die Religion? Wir können gern und lang darüber streiten, ob eine Jungfrauengeburt wirklich möglich ist, und ob Gott als alter Opa mit langem Bart auf einer Wolke sitzt. Wir können gern darüber streiten, ob eine Hostie tatsächlich ein Stück vom Leib Jesu ist (katholisch) oder doch nur eine Reprä-

sentation davon (evangelisch). Wir können auch gern darüber streiten, ob es nach Mohammed weitere Propheten gab oder ob wir nach dem Tod als Bakterien wiedergeboren werden. Streiten können wir viel, doch bleibt es das Menschenrecht eines jeden, an das fliegende Spaghettimonster zu glauben oder auch fünfmal am Tag gen Mekka zu beten. All dies spielt keine Rolle, wenn wir beurteilen wollen, ob jemand zu Recht oder zu Unrecht unter uns lebt.

Da halten wir es mit dem Alten Fritz: „Jeder soll nach seiner Façon recht werden.“ So fasste Friedrich II. von Preußen (1712-1786) die dort herrschende Toleranz zusammen, nach der sich die Hugenotten, evangeli-

sche Flüchtlinge aus dem erzkatholischen Frankreich, vor allem ab 1685 in Preußen ansiedeln konnten. Sie steigerten die Bevölkerungszahl Berlins in kurzer Zeit um über 30 Prozent. Stellt Euch vor, es würden nicht nur 5.000 Geflüchtete nach Essen kommen, sondern gleich 170.000! Preußen „schaffte“ das nicht nur, die Folge war ein enormer wirtschaftlicher Aufschwung – der Grundstein für den Aufstieg Preußens zur Großmacht. Erst recht der weltpolitische Aufstieg der USA, dem modernen Einwanderungsland schlechthin, im 19. und 20. Jahrhundert zeigt: Die These, Geflüchtete würden „uns“ per se über-

fordern, entbehrt geschichtlich nachweisbar jeder Grundlage. Es kommt nur darauf an, wie eine Gesellschaft damit umgeht.

Ein Einwanderungsgesetz oder keins?

Unsere Politik fußt auf einem gänzlich anderen Grundsatz: „Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die

auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet werden. Für uns ist die internationale Klassen-solidarität ausschlaggebend: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“ Mit diesen Worten beginnt das Positionspapier, das der Kreisverband DIE LINKE. Essen in den vergangenen zwei Monaten zum Umgang mit der Migration erarbeitet hat. Im Juni legen wir es dem Bundesparteitag vor. Das höchste Gremium unserer Partei, so schreiben wir in der Begründung, möge „ein

nach außen wie innerparteilich deutlich sichtbar Zeichen gegen Rassismus setzen.“ Unlängst eine Arbeitsgruppe

im Auftrag der ostdeutschen Landesverbände ein Konzept für ein „linkes“ Einwanderungsgesetz. Letztlich werden auch darin Abschiebungen gebilligt. Diese sollen aber nur in Staaten vorgenommen werden, die „sozial sicher“ seien. Es geht dabei nicht nur um die Abwesenheit von Krieg, sondern darum, dass diese Staaten den Abgeschobenen eine menschenwürdige Existenz garantieren. Ein kleiner Fortschritt gegenüber den heutigen angeblich „sicheren Herkunftsländern“, aber letztlich nur ein gradueller Unterschied, der viele Interpretationsspielräume zulässt. Gibt Deutschland der Türkei ein paar Milliarden, unterschreibt auch ein Erdölan, dass es bei ihm nicht nur „sicher“, sondern auch „sozial sicher“ sei.

Weiterhin sollen Abschiebungen unterbleiben, wenn die Geflüchteten hier gesellschaftlich eingebunden sind, sich etwa in Vereinen engagieren. Erinnert dies nur mich an das Konzept der „Leitkultur“ von CDU und CSU?

Es ist die gleiche Haltung: Integration wird als Bringschuld der Migranten gesehen, nicht als etwas, für das wir auch selbst verantwortlich sind: Wer sich anpasst, gewinnt. Das passt nicht zu einer Politik, die international und klassensolidarisch organisiert ist und die die Menschenrechte ernst nimmt.

Offene Grenzen

Unser Einsatz für offene Grenzen speist sich aus verschiedenen Quellen. Zunächst kritisieren wir den globalen Kapitalismus, der für seinen Profit die Menschen in der gesamten Welt ausbeutet und gegeneinander ausspielt, der die Umwelt zerstört und damit

uns und den nachfolgenden Generationen die Lebensgrundlagen raubt. Wer von euch möchte angesichts der weltweiten Krisen bestreiten, dass dieses System nicht das Ende der Geschichte darstellen kann?

Unsere Haltung fußt auch auf dem Humanismus. Diese Philosophie, die vor drei Jahrhunderten zur ideologischen Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft heranreift, betrachtet uns Menschen als vernunftbegabte Wesen, die in der Lage sind, sich ethisch-moralisch weiterzuentwickeln und damit letztlich auch die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Wer von euch möchte bestreiten, diese Vernunft zu besitzen?

Ebenfalls sind die Menschenrechte als Quelle zu nennen. Wenn wir ernst nehmen, dass alle Menschen gleich sind und daher von Geburt an die gleichen unveräußerlichen Rechte genießen: Mit welchem Recht kann überhaupt irgendwer für andere entscheiden, wo und wie jemand zu leben hat, wer bleiben darf und wer gehen muss?

Die Wanderungsbewegungen der Geschichte beweisen eines: die Intelligenz und Zähigkeit der menschlichen Rasse, die keine Mühen scheut und höchst erfinderisch ist, wenn es darum geht, das eigene Überleben zu sichern. Nichts davon kann man den Geflüchteten, die in unserer Zeit die gefährliche Reise über das Mittelmeer wagen, in irgendeiner Weise vorwerfen. Sie sind Menschen, deshalb wollen auch sie nichts anderes als wir selbst, nämlich – leben!

Es gibt nur eine Welt, es gibt nur eine Menschheit. Bei Strafe unseres Untergangs muss die Menschheit lernen, sich als Einheit, als ein Ganzes zu begreifen und gemeinsam den Kapitalismus überwinden!

Der Autor ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen.

Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik

Wir alle sind Teil dieser einen Welt!



Positionen des KV Essen

Migration ist Teil der Menschheit

Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die Welt ausgebreitet. (...) Vor wahrscheinlich 70.000 bis 110.000 Jahren wanderten unsere direkten Vorfahren (aus Afrika) nach Mesopotamien und von dort in die ganze Welt hinaus.

Ben Migrationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in die USA und andere Länder des damals fortgeschrittenen Kapitalismus.

Natürlich hat sich die Ab- und Zuwanderung von Menschen durch die Etablierung des Kapitalismus verändert. Einwander\*innen werden als Lohndrücker\*innen missbraucht, Arbeiter\*innen werden gegeneinander ausgespielt, auf körperliche und seelische Gesundheit. Gegen diese modernen Tendenzen werden wir aktiv.

Humanismus, Menschenrechte und Solidarität

Als LINKE stehen wir in der Tradition des Humanismus. Als

die Menschen in Westeuropa die Fesseln des Feudalismus sprengten, taten Sie dies unter der Losung der Freiheit und Gleichheit aller. Die universellen Menschenrechte leiten sich daraus ab: Wenn jeder Mensch frei und gleich geboren ist, dann hat jeder Mensch, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht oder Weltanschauung, das selbstverständliche Menschenrecht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das Recht auf ein Leben in Würde, das Recht auf Wasser, Nahrung, Kleidung und ein Dach über dem Kopf. Jeder Mensch hat das Recht, über das eigene Leben zu bestimmen, die Wohnung oder die Arbeit frei zu wählen, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch hat folglich auch das Recht, in Frieden und Wohlstand zu leben.

Im Kapitalismus sind die Menschenrechte immer in Gefahr. In einer Gesellschaft, die weltweit auf Ausbeutung beruht, auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, auf der Spaltung zwischen arm und reich, werden die Ärmsten in aller Welt zu Opfern der Strategien des internationalen Großkapitals. Mit ihren Waffenexporten, mit ihren Kriegen in aller Welt, mit ihren umweltzerstörenden Technologien und ihren ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erzeugen die „reichen“ Länder erst die Fluchtbewegungen, die sie anschließend beklagen. Als LINKE wissen wir, dass erst eine andere Gesellschaftsordnung die Bedingungen dafür schafft, die Menschenrechte universell durchsetzen zu können.

Damit sind wir bei Karl Marx, der dazu aufrief: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Den Ärmsten, den Ausgebeuteten,

den Geknechteten dieser Welt gilt unsere Solidarität. Offene Grenzen für alle sind die einzig richtige Konsequenz auf die Krisen dieser Welt. Wie können wir Menschen verweigern, sich dort niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten, vor allem, wenn sie selbst für die Umstände nicht verantwortlich sind: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“ (Karl Marx)

Nein zum Einwanderungsgesetz

Unter kapitalistischen Bedingungen hat jegliche gesetzliche Regelung von Einwanderung

stets einen stark restriktiven Charakter: Sie regelt immer auch, unter welchen Bedingungen Menschen gehen müssen. Das trifft leider auch für das vorliegende Konzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz zu.

Daraus ergibt sich ein ziemlich konkretes Bild, wie „Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit, Gleichstellung und Teilhabe“ erreicht werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen, brauchen wir kein linkes Einwanderungsgesetz. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, gegen ausschließende und diskriminierende Gesetze zu kämpfen. Dieser Kampf kann kein rein parlamentarischer sein, sondern bedarf des Aufbaus gesellschaftlicher Gegenmacht durch soziale Bewegungen, auch und gerade mit Migrant\*innen.

Letztendlich müssten linke Befürworter\*innen eines Einwanderungsgesetzes erläutern, welche Kriterien für Einwanderung und Ausschluss ausschlaggebend sind, und die Frage beantworten, ob sie mit ihrer Argumentation nicht einer kapitalistischen Nützlichkeitslogik auf den Leim gehen. Zudem stellt sich die Frage, wie man mit jenen Menschen umgehen möchte, die dennoch einwandern und sich einer solchen Logik nicht unterwerfen wollen. Für uns ist klar: Ein Einwanderungsgesetz ist kein linkes Konzept.

DIE LINKE fordert:

• Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.

• Abschaffung des modernen Grenzregimes, angefangen bei der Festung Europa. Eröffnung legaler Fluchtwege, um Schlepper und kriminelle Organisationen trockenenzulegen.

• Abschaffung der Praxis der Abschiebung und Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1992 als ersten Schritt zur Entwicklung eines uneingeschränkten humanitären Asylrechts im Sinne der Vereinten Nationen. Gleiche Strafen für die gleichen Taten. Sonderstrafatbestände, die nur für einzelne Gruppen gelten, sind aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

• Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen. Vereinfachte Einbürgerung von Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der mehrfachen Staatsbürgerschaft. Straferlass

in allen Fällen des Verstoßes gegen das derzeit geltende Aufenthaltsrecht; Entkriminalisierung des illegalisierten Aufenthalts in Deutschland.

• Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

• Gesetze gegen Lohndrückerei, die verhindern, dass Arbeiter\*innen wie Waren von Land zu Land „verschoben“ werden. Wir fordern einen stärkeren gesetzlichen Arbeiter\*innenschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, eine Anhebung des Mindestlohns auf ein deutlich höheres Niveau ohne Ausnahmen, eine höhere und auskömmliche Rente, Abschaffung sachgrundlos Befristungen, das Verbot von Streikbruch sowie das Recht auf Arbeit.

• Uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Gesundheits- und Sozialwesen sind so auszubauen, dass alle Menschen die gleiche und ausreichende Daseinsvorsorge in Anspruch nehmen können, niemand bevorteilt und niemand benachteiligt wird.

• Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Waffenexporte, Klimaveränderung und die Ausbeutung des globalen Südens durch den Norden müssen verhindert werden. Die Verbindung der Kämpfe um Umweltschutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Diese Fluchtursachen sind international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht aufzunehmen.

• Ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen sowie lokalen Bedürfnisse in den Mit-

telpunkt stellt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen guten Lebensstandard weltweit, der die Natur schont und Ressourcen fair verteilt.

An der Seite der Menschen, nicht des Kapitals

Natürlich sehen auch wir die Probleme, die Einwanderung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen mit sich bringen kann. Doch wir ergeben uns nicht den Sünderbockrufen und der (Un-)Logik nationaler Kapitalfraktionen, die nach geschlossenen Grenzen rufen. Stattdessen wollen wir die Ursachen für Flucht bekämpfen, die internationale Klassensolidarität stärken und die Betroffenen nicht chauvinistisch ausgrenzen.

Wir halten fest am Erfurter Programm unserer Partei, in dem es heißt: „Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.“

Aus diesem Grund verweigern wir uns der Debatte, wer kommen und wer bleiben darf (...) Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen wollen. Wir widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen, Abschiebungen und Einwanderungsbeschränkungen aussprechen. (...)

Der Kampf um die Gleichstellung aller in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, ist nach wie vor das beste Mittel gegen die mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Spaltung und Ausbeutung.



## Das neue Polizeigesetz für NRW

# Nächster Halt: Überwachungsstaat

NRW-Innenminister Herbert Reul kündigte am 16. Februar 2018 ein neues „Sicherheitspaket I“ an. Das Gesetz ist ein Sammelsurium an Überwachungsgesetzen und Eingriffen in die Bürger\*innenrechte. Offiziell soll es terroristische Anschläge „insbesondere durch islamistische Täter“ verhindern. Als Vorbilder für die Null-Toleranz-Strategie werden dabei Bayern und Baden-Württemberg genommen.

**S** von MdB Niema Movassat  
 Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 wurde ein Antiterrorgesetz nach dem anderen beschlossen. 2004 wurde ein gemeinsames

Terrorabwehrzentrum gegründet, in dem rund 40 deutsche Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten. Zwei Jahre später erleichterte die Antiterrordatei den Austausch von Daten zwischen Polizei und Geheimdiensten. 2008 erhielt das Bundeskriminalamt erstmals Befugnisse zur Gefahrenabwehr im Bereich des internationalen Terrorismus.

### Ausbau der Befugnisse

Im selben Jahr wurde die Vorratsdatenspeicherung eingeführt. Wer wen wann anrief oder eine E-Mail schrieb, wussten die Behörden. Vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, wurden nur Details am Gesetz verändert, die Vorratsdatenspeicherung existiert weiter. 2017 wurde der Zehn-Punkte-Plan gegen Terrorismus beschlossen. Er beinhaltet beispielsweise die Anwendung der elektronischen

Aufenthaltsüberwachung mittels Fußfessel. Auch sollen nicht verurteilte, aber von Behörden als „Gefährder“ eingestufte Personen überwacht und dann abgeschoben werden.

Nun sollen Verschärfungen im NRW-Polizeigesetz folgen, obwohl schon bei den geltenden Gesetzen nicht ersichtlich ist, dass damit der Schutz vor Terrorismus verbessert werden konnte.

### Verfassungswidrige Überwachung

Die „Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ)“ wurde im Bereich der Strafverfolgung auf Bundesebene schon Mitte 2017 eingeführt. Damit werden Daten schon im Rechner des Absenders abgegriffen, noch ehe sie für den Transport verschlüsselt werden. Unbemerkt können PC's oder Mobiltelefone durchsucht werden („Bundestrojaner“). Zuvor muss eine

richterliche Anordnung ergehen. Insbesondere das verfassungsrechtlich geschützte Fernmeldegeheimnis wird damit verletzt.

### Menschenrechtsverstoß Präventivgewahrsam

Nun soll diese TKÜ auch im NRW-Polizeigesetz festgeschrieben werden. Der Anwendungsbereich des geplanten § 20c Absatz 4 Polizeigesetz des Landes NRW (PoIG NRW) ist nahezu uferlos: Denn es braucht nicht einmal den Verdacht einer Straftat, vielmehr reicht bereits eine „Gefahrenprognose“. Was die Landesregierung NRW hier plant, ist ein Superüberwachungsgesetz, das man nahezu immer anwenden kann und mit dem dann Informationen von Rechnern, Laptops, Smartphones abgeräumt werden. Mit dem Grundgesetz dürfte das unvereinbar sein.

Bisher muss laut 38 Absatz 1 Nr. 3 PoIG NRW eine Person, die durch die Polizei in Gewahrsam genommen worden ist, spätestens bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen freigelassen werden.

Auch ein Richter kann aus Gründen der Gefahrenabwehr keine längere Haft anordnen, vielmehr muss ein Grund für die Strafverfolgung vorliegen. Mit der geplanten Änderung kann eine Person nun für bis zu sieben Tage in Gewahrsam genommen werden – ohne eine Anklage. Zwar muss nach zwölf Stunden eine richterliche Überprüfung durchgeführt werden, dennoch ist die längere Freiheitsentziehung verfassungsrechtlich bedenklich. Schaffen wir „türkische Verhältnisse“ in Deutschland?

Nach der deutschen Grundrechtsdogmatik darf in die „Freiheit der Person“ (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz) eingegriffen werden, wenn der Eingriff verhältnismäßig ist. Dies ist dann der Fall, wenn durch die Freiheitsentziehung die Person an der Begehung von Straftaten gehindert werden soll. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte setzt dagegen strengere Maßstäbe. Danach ist die Präventivhaft nur dann gerechtfertigt, wenn die Festnahme in einem Zusammenhang mit einem Strafverfahren steht. So lässt sich eine Präventivhaft nur begründen, wenn der Betroffene sich bereits strafbar gemacht hat und in der Folge davon an der Begehung weiterer Straftaten gehindert werden soll.

Genau dies trifft auf den Regelfall der polizeilichen Präventivhaft nach deutschem Verständnis gerade nicht zu. Die Europäische Menschenrechtskonvention muss in der Auslegung jeglicher Gesetze (auch der Grundrechte) berücksichtigt werden. Unter diesen Umständen ist die geplante Änderung des Polizeirechts in NRW ein Verstoß gegen die Menschenrechte.

Durch die Neuregelung des § 34c PoIG NRW wird die Polizei außerdem ermächtigt, den Aufenthaltsort einzelner Personen mittels Fußfesseln zu überwachen. Dabei geht es nicht um verurteilte Personen, sondern um Personen, die von Sicherheitsbehörden als „Gefährder“ eingestuft sind. Dieses ist ein sehr starker Eingriff in die höchstpersönliche Lebensgestaltung der Personen, denn eine Straftat liegt noch gar

nicht vor. Ob tatsächlich ein Fußfessel „Gefährder“ von Anschlüssen abhalten wird, ist im Übrigen nicht erwiesen.

### Verfassungsverstoß Videobeobachtung

Durch die Änderung des § 15a PoIG NRW sollen Videoüberwachung und Speicherfreisten ausgeweitet werden. Bisher konnten in NRW Plätze via Video überwacht werden, an denen tatsächlich häufig Straftaten begangen wurden (z.B. Bahnhofsvorplatz Köln, Altstadt Düsseldorf).

Durch die Änderung sollen nun angrenzende Orte überwacht werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht stellte hierzu fest: „Die Videoüberwachung eines öffentlichen Platzes greift in das allgemeine Persönlichkeitsrecht potenzieller Besucher des Platzes in seiner Ausprägung als Recht der informationellen Selbstbestimmung ein. Von einer einen Eingriff ausschließenden Einwilligung in die Informationserhebung kann selbst dann nicht generell ausgegangen werden, wenn die Betroffenen auf Grund einer entsprechenden Beschilderung wissen, dass sie gefilmt werden“ (BVerfGE vom 23.02.2007 – 1 BvR 2368/0, NVwZ 2007, 688 f.). So bleibt die Ausweitung auf angrenzende Orte verfassungsrechtlich schwer zu vertreten.

### Europarechtswidrige Schleierfahndung

Mit den Begriffen „Schleierfahndung“ bzw. „strategische Fahndung“ werden verdachts- und ereignisunabhängige polizeiliche Kontrollmaßnahmen bezeichnet. Nun sollen mit § 12a PoIG NRW solche Fahndungen ermöglicht werden. In der Begründung heißt es, NRW sei aufgrund der geografischen Lage zu einem „belasteten Transitland“ geworden. Als Folge sei nun wichtig, dass „Verkehrswege intensiver in die polizeiliche Kontrolltätigkeit einzubeziehen“.

Durch die Schleierfahndung sollen mehr Kontrollen an den Grenzen zu den Niederlanden und Belgien durchgeführt werden. Dies ist aus mehreren Gründen bedenklich. Zum einen werden durch die Schleierfahndung die Grenzkontrollen, die eigentlich eine bundespolizeiliche Aufgabe sind, auf die Landespolizei übertragen. Darüber hinaus verstärkt diese Norm, dass „ausländisch“ aussehende Personen vermehrt kontrolliert werden („racial profiling“). Dies verstößt gegen Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Laut Europäischem Gerichtshof stellt die Schleierfahndung zudem einen Verstoß gegen den Schengener Grenzkodex dar, weil dadurch Grenzkontrollen faktisch wieder eingeführt werden können.

Das geplante Polizeigesetz in NRW ist ein weiterer Schritt in den ausufernden Sicherheitsstaat. Freiheitsrechte kommen wieder mal unter die Räder. Der Kampf gegen diese Verschärfungen ist Teil des Kampfes gegen den zunehmenden Überwachungsstaat.



## Syrien – Deutschland in gefährlichem Fahrwasser

von MdB Andrej Hunko

**Deutschland hat einen neuen Außenminister, der mit einer langen Tradition bricht. Zwar hat DIE LINKE die Außenminister, die in den letzten Jahren von der SPD gestellt wurden und das Ministerium als Gegengewicht zum Kanzleramt verstanden, häufig und zu Recht kritisiert. Es gab allerdings auch immer Situationen, in denen sie in der internationalen Politik mäßigend wirkten. Die Bundesregierung hat Deutschland bislang weitgehend aus direkten Kampfhandlungen herausgehalten und damit ein Image als Friedensmacht aufgebaut. Mit Heiko Maas ist dies offenbar vorbei.**

Bundeskanzlerin Merkel, die im Jahr 2003 selbst den mörderischen Angriff auf den Irak gerne mitgemacht hätte, erklärte nun, die Bundesrepublik



Andrej Hunko ist Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE aus Aachen.

Der neue SPD-Außenminister will eine deutsche Beteiligung an einem möglichen Militärschlag nicht ausschließen. Stattdessen verkündet er, eine Zukunft für Syrien könne es nur ohne den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad geben. Kein Wort verliert der vormalige Justizminister über den fragwürdigen Charakter der britischen Anschuldigungen gegenüber Russland und Syrien, für die Beweise bislang fehlen.

In den vergangenen Jahren haben westliche Staaten, haben

werde sich an einem Angriff auf Syrien nicht beteiligen, bekundete aber ihre „politische Unterstützung“ für Trump, May und Macron.

NATO-Mitglieder, fortlaufend internationales Recht gebrochen. Wenn nun auch die SPD-Funktionäre in der Großen Koalition ihre zurückhaltende Position räumen, bleibt am Ende das Völkerrecht vollständig auf der Strecke. In einer Situation, in der weiterhin deutsche Tornados in der Tür-

kei und Jordanien stationiert sind, und die deutsche Fregatte „Hessen“ einen US-Flugzeugträger im Mittelmeer begleitet, kann Deutschland schnell in einen größeren Krieg hineingezogen werden. Die Besetzung des Außenministers mit Heiko Maas macht dieses Szenario wahrscheinlicher.

## MdB Niema Movassat

Niema Movassat wurde als Sohn iranischer Eltern am 22. August 1984 in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein Staatsexamen ab.

Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist Movassat seit 2009. Von 2013-2017 war er Obmann der Bundestagsfraktion DIE LINKE im Ausschuss für wirtschaftliche Zusam-



menarbeit und Entwicklung. Seit der Neuwahl 2017 ist er nun Sprecher für Drogen- und Verfassungspolitik. Er ist Ob-

mann der Fraktion im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

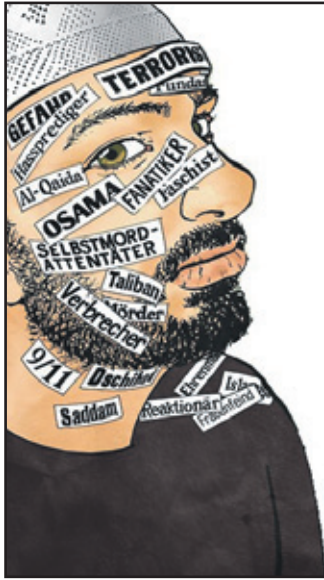
In Essen unterhält er ein Bürger\*innenbüro: Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon 0201-81337730, Telefax 0201-81337731, E-Mail: niema.movassat.ma06@bundestag.de. Die Website ist unter www.movassat.de erreichbar. Das Büro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.



Auf zu den Protesten gegen Rassismus und Gewalt

# Den Rassisten die Party vermiesen!

Für Sonntag, den 6. Mai, hat die rechte Gruppierung „Eltern gegen Gewalt“ eine Kundgebung in Essen-Steele angekündigt, auf der Stimmung gegen geflüchtete Menschen gemacht und antimuslimischer Rassismus verbreitet werden soll. DIE LINKE ruft mit zur Gegendemo auf.



**„You can't have CAPITALISM without racism.“**  
 (Malcolm X)  
**Gemeinsam gegen Sexismus, Rassismus & Kapitalismus!**

**A**uf den Aufruf der Rechten hat das Bündnis „Essen stellt sich quer“ Proteste angekündigt und wird sich unter dem Motto „Steele ist kunterbunt – gegen Rassismus, gegen Gewalt“ den Rassisten in den Weg stellen. Wir müssen gemeinsam klarmachen, dass Hass und Hetze in Essen und anderswo nichts verloren haben.

Am 4. März hatte eine ähnliche Veranstaltung in Bottrop stattgefunden. Unter dem Motto „Mütter gegen Gewalt“ verbreiteten rund 1.000 Demonstrations- teilnehmer\*innen aus dem Umfeld von AfD, Identitärer Bewegung, NPD, Die Rechte und Co. ihre rassistischen Parolen. Die Gegenproteste fielen erschreckend schwach aus. Wir müssen uns die

Straßen zurückholen und verhindern, dass sich die ungestörte Verbreitung rassistischer Ideologien zu einer gesellschaftlich anerkannten Normalität entwickelt.

Die Veranstaltung in Essen steht in einer Reihe pseudofeministischer Demos von rechts, die sich auf einen Vorfall in der pfälzischen Kleinstadt Kandel beziehen. Dort hatte ein junger Mann seine 15-jährige Ex-Freundin erstochen. Der Skandalwert für die rechte Szene liegt hierbei nicht in der Tat an sich – für sie war die Tat Ausdruck der sogenannten „Islamisierung“ Deutschlands und

der damit angeblich einhergehenden Zunahme von Gewalt. Instrumentalisierungskampagnen von AfD und Co. und die Forderung nach dem Schutz „unserer“ Frauen und Kinder vor Übergriffen durch „kriminelle Migranten“ sind keine Neuheit. Doch Gewalt ist keine Importware, sondern gehört leider auch in unserem „christlichen Abendland“ zum Alltag. Die „Pazifisten“ von Pegida, AfD und Co. entziehen sich bewusst dem ernst gemeinten Diskurs und instrumentalisieren das Thema für ihre rassistische Hetze gegen Muslime und Stimmungsmache gegen geflüchtete

**Heraus zur Demo am 6. Mai: „Steele ist kunterbunt – gegen Rassismus, gegen Gewalt“**

Menschen. Für uns LINKE ist es daher essentiell klarzumachen, dass die Probleme nicht „importiert“ werden, sondern tief in unserer Klassengesellschaft verankert sind. Die Rechten feiern ihre Kundgebung in Bottrop als Erfolg und sehen darin ihren Durchbruch im Ruhrgebiet. In der Vergangenheit haben wir uns als Essener LINKE gemeinsam mit dem Bündnis „Essen stellt sich quer“ und engagierten Bürgerinnen und Bürgern immer wieder erfolgreich gewehrt. Unter anderem haben wir es geschafft, den Pegida-Ableger „Bürger gegen Politikwahn“ von den Straßen in Essen zu vertreiben. Wir werden auch

künftig nicht zulassen, dass Rassisten und Faschisten im Ruhrgebiet Fuß fassen. Dazu werden wir auch dieses Mal gemeinsam mit „Essen stellt sich quer“ einen sichtbaren, breiten und kreativen Protest auf die Beine stellen. Angst-macherei und rechter Hetze stellen wir uns gemeinsam in den Weg. Ziel muss es sein, ein Klima zu schaffen, das die Rassisten vom Rest der Bevölkerung isoliert und ihnen deutlich macht: Ihr seid hier nicht erwünscht!

Rassismus fällt nicht vom Himmel oder entsteht „spontan“ in der Bevölkerung, sondern wird von oben geschürt. Er dient der Ablenkung von sozialer Ungerechtigkeit und so dem Machterhalt der Banken und Konzerne. Darum muss der Kampf gegen Rassismus, Sexismus und andere Mechanismen der Unterdrückung auch immer internationalistisch und antikapitalistisch sein. Es darf sich nicht wiederholen, dass im Ruhrgebiet 1.000 Rassisten ohne sichtbaren Gegenprotest durch die Straßen ziehen und ungestört ihren Hass verbreiten können.

Kommt zu den Gegenprotesten! Lasst uns den Nazis ihre jüngst gewonnene Partystimmung vermiesen und ihnen zeigen, wo der Hammer hängt! Kein Fußbreit für Rassismus und Faschismus!



## Nazimarfarsch in Dortmund

Am 16. April wurde in Dortmund unter dem Motto „Europa erwache“ versucht, europaweit Neonazis zu mobilisieren. Allerdings stellten sich 3.000 Gegendemonstrant\*innen den gerade einmal 600 Neonazis entgegen. Diese konnten dank eines Großaufgebots der Polizei zwar ihre menschenfeindlichen Parolen durch die Straßen brüllen, der friedliche Protest aber hat gezeigt: Das Ruhrgebiet ist und bleibt bunt! Danke an alle, die dort waren und dem braunen Mob die Stirn geboten haben.

## AfD Essen knackig braun

Der AfD-Kreisverband Essen fordert eine Zuzugssperre „für weitere Asylbewerber und sogenannte Flüchtlinge sowie den Familiennachzug“. Dies fordert sie, weil „in Kindergärten und Schulen, (...) im Krankenhaus- und Medizinbereich oder bei der Arbeitsbeschaffung (...) ein nicht mehr zu realisierender Bedarf an Personal und Finanzmitteln erkennbar [ist].“ Wie üblich erkennt die AfD nicht, dass das Problem im öffentlichen Bereich schlicht am mangelnden Willen der regierenden Parteien liegt, den Menschen zu helfen. Die AfD schiebt in gewohnter Manier den Geflüchteten die Schuld zu. Wir LINKE fordern kostenfreie Kitaplätze, ein funktionierendes Gesundheitssystem und gute Arbeit für ALLE!

## PRO NRW hat Angst vor dem Frühling

Aufgrund der Umbenennung des „Ostermarkts“ in „Frühlingsmarkt“ sorgt sich die Kleinpartei PRO NRW mal wieder um „die schlechende Islamisierung der Stadt Essen“. Dass die Essen Marketing GmbH die Dauer und das Sortiment des Marktes, welcher weit über Ostern hinausgeht, als Gründe für den Schritt anführt, wird ignoriert. Schuld sind natürlich die Muslime. Die Essener PRO NRW-Kreisvorsitzende und Ratsfrau Christine Öllig befürchtet sogar, dass Weihnachten bald nur noch „Geschenktag“ heißt. In Hinblick auf unser Konsumverhalten wäre das vielleicht sogar die ehrlichere Bezeichnung

## Idiotäre Bewegung

Die „Identitäre Bewegung Köln“ möchte einen identitären Sportverein aufbauen, um ihrer Vorstellung „des immer brutaleren Multi-kulti-Alltags“ gerecht zu werden. So wie schon Turnvater Jahn „die junge Generation für die Rückeroberung der Heimat fit gemacht hat“, möchte es ihm die identitäre Bewegung nachahmen und stramme Schläger ausbilden. Als Sportstudent sage ich: Sport verbindet Menschen jeder Herkunft und Kultur miteinander. Die Instrumentalisierung des Sports für nationales Gedankengut darf niemals wiederkehren!

## Essener-Tafel-Skandal!

# Heiße Suppe statt sozialer Kälte!

Der eigentliche Skandal an der bundesweit geführten Debatte um die Essener Tafel ist, dass diese Tafeln in Deutschland überhaupt gibt. Inspiriert von US-amerikanischen Suppenküchen und mit Unterstützung der neoliberalen Unternehmensberatung McKinsey vor 25 Jahren gegründet, übernehmen sie in Deutschland staatliche Aufgaben. In einem so reichen Land wie diesem dürfte es keine Tafeln geben.

Wenn McKinsey den Anschlag besorgte, dann war die Agenda 2010 ein wirkungsvoller Katalysator. Die noch heute gültige Sozialgesetzgebung, genannt Hartz 4, sorgt dafür, dass Menschen existieren, aber nicht leben können. Immer häufiger empfehlen sogar Jobcenter ihren „Kunden“, doch zur Tafel zu gehen. Eine existenzsichernde Mindestsicherung sieht anders aus.

Gleichzeitig haben wir aber auch Verständnis für die Mitarbeiter und Ehrenamtlichen der Tafel. Diese sind häufig vollkommen überlastet. Eine ältere „Kundin“ aus Essen sagte sogar sinngemäß: „Wenn wir alle mal vier Wo-



Aktion der linksjugend [solid] ruhr neben der Essener Tafel

chen unsere Arbeit niederlegen würden, dann würden die da oben endlich mal was mitkriegen“.

Die Entscheidung des Vorstandes der Essener Tafel, keine neuen Kunden mit nichtdeutschen Pässen aufzunehmen, war rassistisch. Hätte er sich angeschaut, wie andere Tafeln im Ruhrgebiet Probleme lösen, hätte es andere Möglichkeiten gegeben.

Es sind nicht die Geflüchteten, die Menschen mit „anderen Religionen“, Hautfarben, Sprachen, sexuellen Orientierungen oder die Hartz-4-Berechtigten, die der Gesellschaft etwas wegnehmen. Es sind die Konzerne, Banken und Milliardäre wie die Familien Albrecht und Quant, die Milliarden an Dividenden kassieren und dafür der Gesellschaft nichts geben.

Daniel Kerekes

# Keine Abschiebung der Familie Maqani

**Vor wenigen Tagen sollten Mirie Maqani und ihre fünf minderjährigen Kinder in den Kosovo abgeschoben werden. Maqani lebt seit 27 Jahren in Essen. Ihre drei Jungen und zwei Mädchen sind zwischen zehn und sechzehn Jahre alt. Sie sind alle hier geboren und in Altendorf aufgewachsen, sie sprechen weder Albanisch noch Serbisch. Denis Maqani, der älteste Sohn der Familie: „Im Kosovo gibt es für meine Familie keine Zukunft. Meine Geschwister haben das Land noch nie gesehen.“ Der Vater und die ältesten Geschwister sollen dagegen nicht abgeschoben werden.**

Die Situation der Roma im Kosovo und auf dem gesamten Balkan ist verheerend: Roma werden diskriminiert, sie werden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, es fehlt Zugang zum Gesundheitswesen, Schulwesen und zum Arbeitsmarkt. Es gibt dort weder Familienangehörige noch sonstige helfenden Netzwerke, welche die Familie unterstützen können. Auch staatliche oder insti-

tutionelle Programme für die Hilfe der Roma im Kosovo fehlen fast gänzlich. Der Familie droht deshalb ein Leben auf der Straße, in Obdachlosigkeit, Ungewissheit und Armut. Die Diskriminierung von Roma im Kosovo ist seit Jahrzehnten bekannt, trotzdem scheut sich die Stadt Essen nicht, die Familie Maqani abschieben zu wollen.

DIE LINKE. Essen fordert ein dauerhaftes Bleiberecht für die Familie Maqani. Kreissprecher Daniel Kerekes macht deutlich: „Wer Familien auseinander reißt, zerstört deren Zukunft. Wer Integration fordert, muss den Menschen auch die Möglichkeit dazu geben und sie nicht über Jahrzehnte in unsicheren Verhältnissen lassen. Die Stadt Essen hat die Pflicht, ihre Praxis der Kettenduldung zu ändern und zu verhindern, dass Familien zerstört werden.“ Am 26. April fand eine Kundgebung vor dem Rathaus Essen statt. Freunde und Angehörige haben außerdem einen Offenen Brief an Oberbürgermeister Thomas Kufen verfasst, der online hier unterzeichnet werden kann: <https://laissez-passer.de/aktionen.html>

Marvin Jansen



Wie DIE LINKE. Essen neue Mitglieder einbindet

# Vom Sitzungssozialismus zur Mitmachpolitik

*DIE LINKE hat in den vergangenen Monaten einen rasanten Mitgliederzuwachs erfahren – und sie wird jünger! Allein 2017 traten fast 8.000 Menschen in die Partei ein, davon über 65 Prozent jünger als 35 Jahre. Auch in Essen stieg der Anteil der Mitglieder unter 35 Jahren von gut 30 auf 46 Prozent.*

von Farina Brohaska, Hanna Mamat und Nicolas Stuhlfauth

**M**it über 370 Mitgliedern ist die Essener LINKE so groß wie nie zuvor. Doch längst nicht überall bestehen attraktive Strukturen, die zum Mitmachen einladen. Wie gelingt es uns, neue Mitglieder aktiv einzubinden? Dazu brauchen wir ein radikales Umdenken, wie Parteiarbeit funktioniert.

Wir sehen DIE LINKE als eine aktivistische, bewegungsorientierte und sozialistische Mitmachpartei. Ihr Fokus liegt auf der Verankerung in Gewerkschaften, Bündnissen und sozialen Bewegungen, statt sich durch Regierungsbeteiligung auf Parlamentsarbeit zu fixieren und dem Sitzungssozialismus zu fröhnen. Obwohl eine Partei niemals soziale Kämpfe „von unten“ ersetzen kann, kann sie Strukturen bieten, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. DIE LINKE muss der Motor

sozialer Bewegungen werden und gezielt in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen. Für die Zukunft revolutionärer Politik ist eine Verankerung der Partei vor Ort und eine aktivistische Basis von entscheidender Bedeutung.

Seit Anfang 2017 gibt es in Essen das Aktiventreffen, bei dem sich Parteimitglieder und Interessierte wöchentlich am Donnerstagabend treffen, um gemeinsam aktiv zu werden. In der Regel starten wir mit einem kurzen Input aus den Reihen der Aktiven und anschließender Diskussion. Gerade unerfahrene Aktive bekommen regelmäßig die Chance, Aufgaben wie Redeleitung, Protokollieren und Referieren zu üben. Danach folgen kurze Berichte aus aktuellen Projekten und Aktionen, dem Vorstand, Arbeitsgruppen und dem Rat, damit alle auf dem gleichen Stand sind. Nach einer Feedbackrunde beginnen Arbeitsgruppen. Welche es gibt, bestimmt das Plenum.

Vor allem neue Mitglieder können hier unkompliziert, unbürokratisch und niedrigschwellig aktiv werden. Das Aktiventreffen hat sich damit zu einem idealen Einstieg in das Parteilieben und zum Kern der Aktivitäten der LINKE in Essen entwickelt. Alle können ihre Interessen einbringen und Ideen umsetzen, solange sie das Ganze selbst in die Hand nehmen. Denn Sätze wie „Man könnte...“ und „Ihr solltet...“ führen zu

nichts als Frustration. Unser Motto heißt: „Action!“

## Aktivismus in Aktion

So wurden im vergangenen Jahr die beiden Wahlkämpfe maßgeblich aus dem Aktiventreffen heraus organisiert, und es entstanden kreative Ideen wie eine Reichenmondemonstration („schwarzer Block“), Anti-Atomkraft Proteste, ein Kleidertausch und vieles mehr, außerdem unzählige Infostände und Verteilaktionen. Daneben schufen wir Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Gegenproteste zu den Landes- und Bundestageparteitagen der AfD. So waren wir mit über 20 Aktiven in Hannover vor Ort. „Egal ob Streiks, Demos oder gesellschaftliche Bewegungen, wir mischen überall mit“, berichtet Archäologiestudent Janis. Die 15-jährige Schülerin Kim ergänzt: „Besonders in den beiden Wahlkämpfen konnte man sehen, wie viel wir als Gruppe auf die Beine gestellt haben. Die Mischung aus Aktivismus und Bildungsangeboten finde ich toll.“ Die üblichen Parteigremien wie der Kreisparteitag oder der Kreisvorstand beschließen dabei nur noch über den politischen Rahmen, in dem die Mitglieder aktiv werden.

## Kampagnenvielfalt – für alle was dabei

So wird niemand von oben herab belehrt, sondern hat selbst die Möglichkeit, die Parteiarbeit zu gestalten. Die konkrete Ausgestaltung von Kampagnen oder Aktionen findet im Aktiventreffen statt.

## Theorie kennen – Praxis gestalten

Keine Theorie ohne Praxis, keine Praxis ohne Theorie. Wir wollen unsere Aktionen, Kampagnen und Initiativen mit theoretischer Arbeit untermauern und dadurch verbessern. Auch unsere Bildungsangebote entstehen zum Großteil im Aktiventreffen. So lernen nicht nur neue Aktive dazu, sondern einzelne haben die Möglichkeit zu unterschiedlichen Themen Expert\*innen zu werden. Ein-



DIE LINKE als eine aktivistische, bewegungsorientierte und sozialistische Mitmachpartei

mal im Monat findet im Rahmen des Aktiventreffens ein Themenabend statt.

Unter dem Label „LINKE Abendschule“ vermitteln wir regelmäßig grundlegende Theorien. Zwei- bis dreimal im Jahr laden wir Mitglieder und Interessierte dazu ein, sich ein ganzes Wochenende mit linker Theorie zu beschäftigen. Auch hier sollen sich die Teilnehmenden aktiv an der inhaltlichen Gestaltung und Organisation beteiligen. Neumitgliederseminare und Bildungswochenenden ergänzen das Angebot.

Freizeit- und Spaßangebote kommen dabei nicht zu kurz. Zurzeit organisieren die Aktiven in jedem Quartal mindestens eine große Veranstaltung, die darauf abzielt die Gemeinschaft zu stärken und sich besser kennen zu lernen. Hierzu zählen etwa unser politischer Aschermittwoch, das LINKE Sommerfest und die „200 Jahre Karl Marx Geburtstagsparty“, die am 5. Mai 2018 stattfinden

wird. Grillen, trinken, Karaoke und lange Abende enden nicht selten in politischen Diskussionen.

Wir legen Wert auf eine familiäre und wertschätzende Atmosphäre, in der solidarisch um Inhalte gestritten wird und sich jede\*r als Teil eines großen Ganzen begreift. Auch fungiert die Gemeinschaft als Ladestation für den aktivistischen Motor. Denn Politik ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Die Gemeinschaftsaktivitäten führen zu einer zielgerichteten und solidarischen Arbeitsweise, bei der man sich gegenseitig stärkt und bei Rückschlägen auffängt. Auch Sadi, 72-jähriger Rentner und Neumitglied empfindet das so: „Ich bin einfach glücklich hier dabei zu sein. Wenn ich sehe, wie in Essen zusammengearbeitet wird, weiß ich, wie sich Sozialismus anfühlen könnte.“

So trägt das Teilen von Interessen, Können und Wissen zu unserer Weiterentwicklung bei und ermöglicht es uns, die gemeinsame Idee nach vorne zu bringen. Wenn diese Entwicklung anhält, wird die Partei zu einem lebendigen Ort der demokratischen Debatte, die durch offene Strukturen zum Mitmachen einlädt. DIE LINKE wird so zu einer echten Mitglieder- und Mitmachpartei, die auch ohne „Vorturner“ handlungsfähig ist.

## Auch Spaß muss sein!

Die Autor\*innen sind – zur Freude der „alten Häsinnen und Hasen“ schwer aktiv, zwei von ihnen auch im Kreisvorstand.

Karl Marx zum 200. Geburtstag

# Es kommt darauf an, die Welt zu verändern!

**Vor 200 Jahren, am 5. Mai 1818, wurde Karl Marx in Trier geboren. Er gilt bis heute als einer der größten deutschen Philosophen und Ökonomen. Und wer hält das Gedenken an ihn wach? Wer sorgt dafür, dass seine Kritik des Kapitalismus und die Einsicht in die Notwendigkeit seiner Überwindung lebendig bleibt? Das ist natürlich: der Kapitalismus selbst! Zum 200. Geburtstag hier ein Auszug aus dem Aufsatz „In Praise of Marx“ des britischen Marxistens und Hochschullehrers Terry Eagleton.**

Karl Marx zu preisen mag so pervers erscheinen wie ein gutes Wort für den Würger von Boston einzulegen.

Waren Marxens Ideen nicht verantwortlich für Despotismus, Massenmord, Arbeitslager, ökonomische Katastrophen und den Verlust der Freiheit für Millionen Männer und Frauen? War nicht einer seiner devoten Jünger ein paranoider georgischer Bauer namens Stalin...? (...) Die Wahrheit ist, dass Marx nicht stärker verantwortlich für die monströse Unterdrückung der kommunistischen Welt war als Jesus für die Inquisition. (...)

Warum hat der kapitalistische Westen mehr Reichtümer aufgehäuft als die menschliche Geschichte jemals bezeugte, und erscheint doch machtlos, Armut, Hunger, Ausbeutung und Ungleichheit zu überwinden? Was sind die Mechanismen, durch die der Reichtum für eine Minderheit Härte



und Würdelosigkeit für die Vielen zu erzeugen scheint? Warum geht der private Reichtum Hand in Hand mit öffentlicher Verkommenheit? (...) Marx war der erste Denker, der in solchen Begriffen sprach. Dieser liederliche emigrierte Jude, ein Mann, der einmal bemerkte, niemand anders hätte so viel über Geld geschrieben und besäße dabei so wenig, hinterließ uns die Sprache, mit der wir das System, in dem wir leben, als Ganzes begreifen können. (...) Die Art, wie wir unsere Produktion organisieren, ist entscheidend. Marx versorgte uns nicht mit Blaupausen, wie wir Dinge anders machen sollten. Bekanntermaßen hat

er wenig über die Zukunft zu sagen. Das einzige Bild von der Zukunft ist das Scheitern der Gegenwart. Er ist kein Prophet im Sinne eines Blicks in die Kristallkugel. Er ist ein Prophet im ursprünglichen biblischen Sinn eines, der uns warnt, dass wenn

## Hi Kalle, let's party!

200-Jahre-Marx-Geburtstagsparty mit Workshops, Grillen & Spaß, 5.5.2018, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen, ab 16.30 Uhr, Eintritt frei

wir nicht unsere ungerechten Wege ändern, die Zukunft wahrscheinlich äußerst unangenehm wird. Oder dass es gar keine Zukunft gibt. (...) War er, mögen Feministinnen fragen, nicht ein viktorianischer Patriarch? Aber sicher. Aber, wie einige (nicht-marxistische) moderne Kommentatoren aufzeigten, es waren Männer der sozialistischen und kommunistischen Lager, die bis hin zum Wiederaufleben der Frauenbewegung in den 1960er Jahren das Anliegen der Gleichstellung der Frauen als wesentlich für andere Formen der politischen Befreiung ansahen. (...) Ähnliches gilt für ethnische Fragen. (...) Viele anticoloniale Bewegungen waren von Marx inspiriert. (...) Was die Umwelt angeht, nahm er unsere eigene grüne Politik vorweg. Der Natur und der

Notwendigkeit sie zu erhalten ... galt seine konstante Sorge. (...) Warum könnte Marx heute wieder auf der Tagesordnung stehen? Die Antwort gibt – ironischerweise – der Kapitalismus selbst. (...) Das Kommunistische Manifest sagte voraus, dass der Kapitalismus global werden und dass seine Ungleichheiten sich drastisch verschärfen würden. Hat Marx falsch gelegen? In hunderten von Fragen. Aber er ein zu kreativer und origineller Denker, um ihn den plumpen Stereotypen seiner Gegner zu überlassen.

In Praise of Marx von Terry Eagleton, veröffentlicht am 10.04.2011, zitiert nach: www.chronicle.com/article/In-Praise-of-Marx/12707 [20.04.2018, 17:13]. Übersetzung: Ralf Fischer.





Michael Steinmann, Wilfried Bienek, Jürgen Zierus und Erwin Wiemer (v.l.n.r.)

Kehrtwende der Großen Koalition

# „Alte Schule“ hat wieder Zukunft

**70 Jahre lang wurden im späteren Atelierhaus Alte Schule Kinder ausgebildet. Danach wirkten dort, im Äbtissinsteig 6, 30 Jahre lang überregionale Künstler wie Herbert Lungwitz und Doris Schöttler-Boll. Es wurde ein Ort kreativer Ideen und breiter nachbarschaftliche Beteiligung. Beliebt bei den Steeler, denen es wenig gefiel, dass die Stadtsanierung den alten Ortskern in den 70er Jahren regelrecht plattgemacht hatte. Der Verein „Kunstraum Alte Schule“ wurde gegründet. Wie die Initiatorin sagte: „Hier trafen sich Hartz4-Bezieher und Professor auf Augenhöhe.“**

von Bientexter

Am 29. Januar 2015 stirbt Doris Schöttler-Boll. Ihr Domizil wird geräumt. Der Verein und die Bürger verlieren einen Ort der Kultur. Am 17. November 2015 will sich der Verein schon auflösen. Doch der 2. Vorsitzende Erwin Wiemer gibt nicht auf. Michael Steinmann, zu der Zeit Sprecher der Essener Linken, und Wilfried Bienek, mit dem Verein verbundener Schreiber, kommen mit ins Boot. Der Verein erhält einen neuen Vorstand, um das sinkende Schiff zu retten.

und Sozialwohnungen. Überdies gibt es einen Investor, der genau darauf baut.

**Ein Projekt, das fast aufgegeben war.**

Nun wird die Ratsfraktion DIE LINKE tätig. Sie beantragt im Planungsausschuss, das Grundstück nur an einen Investor zu veräußern, der das darauf befindliche Gebäude erhält und dort eine kulturelle bzw. pädagogische Nutzung anbietet. Unterstützt wird der Antrag nur von den Grünen.

**11. Mai 2017:** Lichterkette vor dem Atelierhaus mit etwa 150 Teilnehmern. Steeler Bürger, Kulturschaffende, Mitglieder des Vereins „Kunstraum Alte Schule“, solidarische Kollegen mit ähnlichen Problemen in ihrem Stadtteil, sowie Vertreter und Mitglieder der beiden, die Idee unterstützenden Ratsparteien.

**Gemeinsames Konzept zum Erhalt des Gebäude**

**3. Mai 2017:** Bürgerversammlung im Grend. Vor gut 100 Interessierten stellen Architektin Cristiane Voigt und Erwin Wiemer vom Kunstverein ein gemeinsames Konzept vor: Erhalt des Gebäudes, ergänzt durch neue Bauwerke mit Räumen für kulturelle Initiativen, die Flüchtlingshilfe, Eigentums-

**14. Mai 2017:** Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Planung tagt geheim. Ergebnis: Der Investor, der den Höchstpreis bezahlt, erhält die Alte Schule. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE gescheitert. Aufgeben?

**13. Juni 2017:** Die Steeler Bezirksvertretung gibt ein positives Statement für das

Projekt des Investors ab. 27. Juni 2017: Der Kulturbeirat der Stadt Essen votiert einstimmig für das Projekt. Dann, typisch Essen: Still ruht der See. Ein vom Kunstverein ins Spiel gebrachter Investor, der das Haus nach den Vorstellungen des Vereins und dem Konzept der Architektin Voigt umbauen und einen Teil als Unternehmenssitz nutzen wollte, steigt aus, weil die Stadt „nicht zu Potte kommt“.

**(Vorläufiges) Happy End:** Fast ein Jahr danach stoppt die Große Ratskoalition von SPD und CDU das laufende Ausschreibungsverfahren und beantragt neue Bedingungen. Das Gebäude soll erhalten bleiben.

Außerdem soll es auf dem Gelände außer sozialem Wohnungsbau

**(Vorläufiges) Happy End**

geben. Was Linke und Grüne ein Jahr zuvor wollten, ist durch - unter „neuer“ Flagge. Der LINKE Ratsherr Wolfgang Freye im Planungsausschuss: „Wir sind hochofret, dass das bürgerschaftliche Engagement nun doch noch zu einem Erfolg geführt hat und das Atelierhaus als eines der älteren Gebäude in Steele erhalten bleibt. Gut, dass die Initiativen nicht aufgegeben haben.“

Eine Kooperation aus Kunst, Steeler Tradition, Politik, ein breites Bündnis hat das Haus gerettet. Neben der Weiterführung der Kulturarbeit sind beim „Kunstraum Alte Schule“ Projekte in Planung, u.a. die Flüchtlingsarbeit der AWO im Atelierhaus zu unterstützen. Ob der Kunstverein wenigstens einen kleinen Teil des Hauses für seine Aktivitäten nutzen darf, ist noch nicht geklärt. „Aber die Steeler Bürger haben ein wichtiges Stück ihrer Tradition zurück“, sagt Erwin Wiemer.

# Neue Innenstadt mit alten Ideen?

**Ein weiteres Mal hat Verdi die Sonntagsöffnung des Einzelhandels in der Essener Innenstadt erfolgreich verhindert. Wieder sieht Verdi sich dem Vorwurf ausgesetzt, Totengräberin des stationären Einzelhandels zu sein, sich schuldig zu machen am Attraktivitätsverlust der Innenstadt und nicht zuletzt am weiteren Stellenabbau im Einzelhandel.**

Doch wer ernsthaft glaubt, dass sich mit dem einen oder anderen verkaufsoffenen Sonntag der strukturelle Wettbewerbsvorteil des Internethandels kompensieren ließe, wer glaubt, dass zehn Holzbuden mit Nippes, Bier und Bratwurst die Menschen in die Läden treibt, hat wohl eine Menge nicht mitgekriegt.

Die Frage ist schon lange nicht mehr, ob die Zukunft im stationären oder im Online-Handel liegt. Die Verschränkung der beiden Handelsformen ist längst Wirklichkeit. Auch der unhinterfragte Glaube, dass nur Einzelhandel zu einer attraktiven Innenstadt führe, der deshalb jedes denkbare Privileg verdient habe, ist mindestens problematisch. Wenn Innenstädte kommerzialisierte Orte sind, sind sie eben auch undemokratische Orte, weil jedes Verhalten, das dem Geldumsatz widerlich ist, erklärungsbedürftig wird und Gefahr läuft, verdrängt zu werden.

Wir erleben seit Jahren eine zunehmende Austauschbarkeit (Uniformität) der Innenstädte durch steigende

Anteile von Filialbetrieben multinationaler Anbieter und der Systemgastronomie. Was ich in Essen finde, finde ich auch in jeder anderen Stadt vergleichbarer Größe. Wenn dann der Versuch unternommen wird, diese Beliebigkeit mit Events zu kaschieren, sind sogar diese Events so gleich, dass auch hier kaum noch ein echter Unterschied zwischen den Städten zu finden ist. Auf der Suche nach dem Besonderen wird in Dortmund der „größte Weihnachtsbaum“ der Welt gebaut, gibt es in Essen die Lichterwochen und all diese Dinge überall. Doch diese Suche nach der Einmaligkeit hat nichts zu tun mit der Einmaligkeit des Ortes, sondern ist allein Mittel zum Zweck des Geldumsatzes - und damit eine Lüge. Der Ort wird zugerichtet auf diesen einen Zweck.

Auch wenn Innenstädte seit Jahrhunderten nicht nur geografische, sondern auch ökonomische und kulturelle Zentren sind, ist es doch falsch, sie auf Handel zu reduzieren. Natürlich gehört der stationäre Handel, gehören Gastronomie und Kultur in die Innenstädte. Es ist aber doch die Aufgabe einer demokratischen Stadtgesellschaft, die öffentlichen Räume für alle Menschen der Stadt nutzbar zu machen und nicht nur für die, die Geld haben und Geld ausgeben wollen. Die Innenstadt von Essen ist viel mehr als Kommerz. Sie ist Lebens- und Begegnungsort von Menschen. Das nicht nur zu reklamieren, sondern auch durchzusetzen, ist unsere Aufgabe.

Stefan Hochstadt



# Essen-West: Starke Quartiere schaffen!

Am 25. April 2018 entschied der Rat über die Bewerbung der Stadt um Mittel aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfond (ESF) für die Entwicklung benachteiligter Stadtteile. Dabei geht es um 150 Maßnahmen auf den Gebieten, Prävention, Zusammenleben im Stadtteil, Beschäftigung, Städtebau, Umwelt, Klima und Bürgerdialog. Mit deren Umsetzung soll sich die Lebensqualität nachhaltig verbessern.



Heike Kretschmer ist Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Essen-West

Heike Kretschmer, Bezirksvertreterin für DIE LINKE. Essen-West sieht diesen Ansatz positiv, fragt aber: „Was passiert mit den Projekten

nach dem Erstbescheid, insbesondere mit denen, die nicht gefördert werden? Wie kann man diese trotzdem umsetzen? Welche der vielen Projekte bedürfen eigentlich einer Regelfinanzierung, um nachhaltige Effekte zu erzielen?“

DIE LINKE hält es für notwendig, auch Maßnahmen umzusetzen, die nicht über das EU-Förderprogramm laufen können. Maßstab für den Erfolg des Programms sei vor allem, ob z.B. der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, deutlich gesenkt werden kann. Der liegt in Altdorf bei derzeit 58 Prozent.

**Ausgehtipp**

**DI, 1. Mai, ab 10.30**  
DGB-Maidemo ab Girardet-Haus, ab 11.45 Uhr Kundgebung auf dem Burgplatz, ab 12 Uhr Internationales Kulturfest auf Zeche Carl, W.-Nieswandt-Allee 100

**SA, 5. Mai, 16.30 Uhr**  
200 Jahre Karl Marx Geburtstagsparty mit Workshops, Grillen & Spaß, HR-Haus, Severinstraße 1

**SO, 6. Mai, 13.30 Uhr**  
Proteste gegen den rechts-extremen Aufmarsch „Eltern gegen Gewalt“, Dreiringplatz, Steele

**MO, 7. Mai, 19 Uhr**  
Friedensforum u.a.: Filmvorführung „Das zweite Trauma“ über das Massaker von Sant’Anna di Stazema, VHS am Burgplatz

**DI, 8. Mai, 18.30 Uhr**  
DIE LINKE. Essen: „Fahrscheinloser Nahverkehr – das Modell Erfurt“ mit Matthias Bärwolff (DIE LINKE. Erfurt), HR-Haus, Severinstraße 1

**DI, 8. Mai, 18.30 Uhr**  
Linksjugend: „Was ist Arbeiterselbstverwaltung? Das Beispiel Viome/Griechenland“, HR-Haus, Severinstraße 1

**MI, 9. Mai, 19 Uhr**  
Chaos Computer Club: „Chaostrreff“, offener Tag für Außenstehende, foobar e.V., Sibyllastraße 9

**MI, 16. Mai, 19 Uhr**  
Friedensforum: „Ökologie, Krieg, Rüstung und Frieden“ mit Prof. em. Götz Brandt, VHS am Burgplatz

**FR, 18. Mai, 18 Uhr**  
DIE LINKE. Delegiertenwahlkreis E/GE/MH/BOT: Wahl der Bundesparteitagsdelegierten, HR-Haus, Severinstraße 1

**SA, 26. Mai, 11 Uhr**  
DIE LINKE. Essen: 9. Kreisparteitag, Schwerpunkt: Pflegenotstand und die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und Delegiertenwahl für den NRW-Landesparteitag, ChorForum e.V., Eingang Kronprinzenstraße

**MI, 20. Juni, 19 Uhr**  
Friedensforum: „Von der Weiterentwicklung der Atomwaffen“ mit Susanne Grabenhorst, VHS am Burgplatz

**Regelmäßig**

DIE LINKE im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1: MO, 17.30 Uhr: Ratsfraktion

**DI, 18.30 Uhr:** linksjugend [solid] ruhr

**DO, 19 Uhr:** Aktiventreffen, jeden 3. DO als Themenabend

**1.+3. DI, 18.30 Uhr:** Arbeitskreis ÖPNV

**1.+3. MI, 18 Uhr:** Kreisvorstand

**1.+3. DI, 10 Uhr:** Erwerbslosenfrühstück

**Letzter DO** im Monat: DIE LINKE. Essen-West, Haus Kalthoff, Lenbachstraße 3

**1. FR, 18 Uhr:** Falken Essen, Bündniscafé im Ground zero, Thiesbürgerweg 24

**1.+3. MO, 19 Uhr:** Essen stellt sich quer, Steubenstraße 49



## Die Kehrseite



**Aufatmen ...**

konnten wir nur wenige Tage, in denen der kostenlose Nahverkehr im Raum stand.



**Einatmen ...**

müssen wir weiter Abgase und Straßenstaub, weil OB Kufen so schnell wieder umfiel.

**Abgespült**

# „In Essen kannste nicht müssen“

von Wilfried Bienek

**Schon mal gezählt, wie viele öffentliche Toiletten Essen hat? Bisschen mehr als 'ne Handvoll. Die K-Kultur in unserer Kulturhauptstadt ist wirklich... – denk euch das Wort! Aber natürlich gibt es ein Bußgeld, wenn man es öffentlich macht. Pinkeln ist auch verboten. Typisch Essener Politik: geht in die Hose.**

Dabei sollten sich die vornehmen Pinkel in der Essener Stadtregierung mal dieses Themas annehmen. Gut, öffentliche Toiletten sind keine Leuchtturmprojekte. Wenn es wenigstens der Kaiser wäre, der, laut Volksmund, dahin zu Fuß geht. Aber in Essen? Da steht selbst der vor dem Nichts. Am Hauptbahnhof macht man ein Mordsgeschäft mit Groß und Klein. Kneipen im Stadtgebiet, deren Toiletten man benutzen will, verlangen, dass man vorne mehr hineinschüttet, als man hinten zurücklässt. Wer soll das bezahlen? Da bleibt halt manchmal nur „mein Freund, der Baum“.

Legale Darm- und Blasenleerung geht ins Geld. Besonders bei Älteren und Kranken. Eben erst berichtete der „Spiegel“ von einem Mann, der die besonderen Aufwendungen für seine krankheitsbedingten Aufenthalte Stück für Stück dem Essener JobCenter nachweisen muss.

Was ziert man sich in der Kulturhauptstadt, die gleichzeitig die „Einkaufsstadt“ gibt? Täglich macht sie Toilette, nur Toiletten glänzen durch Abwesenheit.

Was soll denn sonst geschehen? Pampers für alle? Freigabe für Essener Äcker? Biologischer Dung, frisch auf die Krume?

Abgabestellen zugunsten von Biogas-Anlagen? Wie wären wohl zu Fäkalenklappen umgebaute Babyklappen? Oder sollen Essenerinnen und Essener einen tragfähigen Sack mit sich tragen, wie es für unsere bellenden Lieblinge vorgeschrieben ist, in die sie „hineinmachen“? Das Wort und das Gefäß „Einmachgläser“ könnten neue Bedeutung gewinnen.

Wie sagte einst der weise Kanzler Kohl, Gott hab ihn selig: „Wichtig ist, was hinten rauskommt.“ In Essen muss man's bei sich behalten.

Da müssen jetzt endlich Leute ran „ohne Schiss inner Bux“. Da kommt es gut, dass junge Linke in Essen gerade an einer – pardon – „Scheißkampagne“ arbeiten. Mit Sprüchen, Theater, Aktionen in den Stadtteilen. Profis nennen sowas „Guerilla-PR“. Ältere Linke kennen es als „Spaß-Guerilla“.

Mit der „Scheißkampagne“ dürften sie den Bedürfnissen der Bürger so nahe kommen wie selten. Wofür wir alle dankbar sein sollten. Erste Sprüche sind vielversprechend:

„In Essen kannste nicht müssen“

oder

„Man muss auch mal müssen können“

oder

„Müssen ist Macht“.

oder

„Egal warte tus: Essen muß!“

Und ich, der Autor, würde gerne das alte Rathaus aufbauen. Und das neue umbauen: zum Toiletten-Hochhaus. Ehrlich!

Spaß beiseite: Wie wäre es mit zehn „Anlagen“ für den Anfang. Oder eine neue für jeden Stadtteil. Weniger wäre nämlich Sch... So. Nach diesen Gedanken 'n Pils! Wie sagten wir früher als Studenten:

„Stern-Pils, unerreicht. Vier getrunken, sechs geseicht.“

Das Thema bleibt. Ich zieh' jetzt ab!

**Frank & Frei**

**Dr. Stelzer fährt Bahn**

Essen, Rathaus, 21. März, kurz vor sieben am Abend. Auftritt Hanns-Michael Stelzer von der SPD zur Fragestunde am Ende der Tagesordnung. In „seiner“ U-Bahn-Linie 11, hebt er an, habe er sich von der Forderung der EBB nach „totaler Transparenz“ inspirieren lassen. Wohl weil die U-Bahn so große Fenster hat.



**Dr. Stelzer deckt auf**

Weder bei CDU noch SPD gebe es Verwicklungen zwischen dem Ratsamt und einer Anstellung bei der Fraktion. Zustände, wie sie in den kleinen Fraktionen und Ratsgruppen herrschten, würde man dort keinesfalls dulden. Anders Ex-Ratsmitglied Beyer (EBB): „Also mein alter Ratskollege Udo Beyer, wissen Sie, was der alles war? Das halten Sie gar nicht aus!“

**Dr. Stelzer wird unterbrochen**

OB Kufen klingelt mit der Glocke und erhebt das Wort: „Herr Kollege, wir sind bei Anfragen von Ratsmitgliedern. Sie müssen mich fragen, nicht die EBB. Ich bin ganz gespannt auf die Fragen!“ Dr. Stelzer jedoch besteht darauf: Damit alles verständlich werde, müsse man doch erstmal in die Tiefe der Dinge gehen, bevor man dann seine zwanzig Fragen stellen könne. Heiterkeit im Saal.

**Dr. Stelzer kommt in Fahrt**

Dr. Stelzer vermisst Udo Beyer sehr und zählt jetzt all seine Verdienste auf: „Er ist ja kein Fraktionsvorsitzender mehr, das war er ja auch noch, und dann war er Geschäftsführer in der Ratsfraktion, und dann war er noch in der Sparkasse und ich weiß nicht noch wo. Und ich überlasse ihnen das selber, wieviel da so zusammenkommt. Auf jeden Fall hat man mir gesagt, ich soll Ihnen die Zahl nicht nennen, die dabei rauskommt.“

**Dr. Stelzer darf gehen**

Als alle fünf Fragen auf den Punkt gebracht sind, blickt er wieder gen EBB: „Sehen Sie, das ist doch was Schönes für Sie, für ihre totale Transparenz.“ Abtritt. Heiterkeit und Tischeklopfen. OB Kufen kündigt eine umfangreiche – hähä – rechtliche Prüfung – hähä – an. Ein wendungsreicher Ratsabend geht harmonisch zu Ende: „Weitere Anfragen sehe ich nicht. Dann sind wir jetzt im nichtöffentlichen Teil...“ Ablende. Testbild.



**Rätsel-Ecke**

3		2	6	1				
	4	1	9	8	7			
7	9							
2	3			9				
	1				5		8	6
	7		2					
9		4	3				6	7
5								8
			8	6		4		

Lösung:

0	1	0	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---	---	---

**200 Jahre Marx - wann wurde er geboren?**

Diesmal sollte es doch klappen mit der Lösung, oder? Der große Denker wird jetzt 200, aber wann genau?

Passend zur Lösung das verlorene Buch: „MRX Maschine“ von Luise Meier aus dem Verlag Matthes & Seitz. Aus dem Klappentext: „Zu seinem 200. Geburtstag ist Karl Marx so tot wie lange nicht: Entweder wird er für triviale Niedergangspredigten in Anspruch genommen oder zur Erstellung neuer Theorien ausgeschlachtet, um den akademischen Markt mit frischen Waren zu versorgen. Es ist Zeit, Marx als Zündschnur zu gebrauchen.“

Lösungen bitte per Post oder E-Mail an: Essener Morgen, DIE LINKE, Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, essener-morgen@dielinke-essen.de. Einsendeschluss: 30. Juni 2018. Und diesmal können alle teilnehmen, sogar die Angehörigen der Redaktion. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Glücklicher Gewinner unseres letzten Rätsels war Marcus M. aus Altenessen. Und zwar trotz des Fehlers im Sudoku, für den wir uns herzlich entschuldigen.



## Flüchtlingsgespräche

von Bertolt Brecht (1898 – 1956)

*Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande wie ein Mensch.*

*Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals.*

*Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.*

## Dank aus Jamaika



Das „Center of Jamaican Culture & Development“ veranstaltete am 16. März im Julius-Leber-Haus ein Benefizkonzert, mit dessen Erlösen im jamaikanischen Bezirk Cheesefield ein Postamt errichtet werden soll. DIE LINKE unterstützte das Konzert; MdB Niema Movassat spendete 500 Euro.

Mit einem umfangreichen Schreiben bedankt sich die Organisation: „Ohne das Sponsorentum der ‚DIE LINKE Kreisverband Essen‘ wären wir ... nicht in der Lage gewesen, das Benefizkonzert ... zu veranstalten. (...) Einigkeit macht stark, und gemeinsam machen wir den Unterschied!“ Das nächste Solikonzert ist für den 17. November geplant.